

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RUSSLAND UND DER WESTEN IN ZENTRALASIEN WIRTSCHAFTSRANKINGS

■ ANALYSE

Nach dem »Reset«
Russland und der Westen in Zentralasien 2
Von Christian Wipperfürth, Berlin

■ TABELLE ZUM TEXT

Wichtige strategische Einrichtungen ausländischer Staaten in Zentralasien 6

■ DOKUMENTATION

Zentralasien in wirtschaftsbezogenen Länderrankings
Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld im internationalen Vergleich 7
Teil 1: Wirtschaftssystem 8
 Index of Economic Freedom 8
 Global Competitiveness Index (GCI) 11
Teil 2: Geschäftsumfeld 13
 Index of Economic Freedom – Business Freedom 13
Teil 3: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau 14
 Human Development Index (HDI) 14

■ CHRONIK

Vom 24. Juli bis zum 17. September 2010 16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Nach dem »Reset«

Russland und der Westen in Zentralasien

Von Christian Wipperfürth, Berlin

Zusammenfassung

Die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien sind besser denn je. Dies ist teils das Ergebnis der politischen Großwetterlage, teils der Situation in der Region selbst. Die wechselseitigen Rangeleien der vergangenen Jahre haben sich zum einen als fruchtlos erwiesen. Zum anderen sind die Probleme in Zentralasien derart angewachsen, dass eine Kooperation besonders geboten erscheint. Die Interessen beider Seiten weisen einige Unterschiede, aber auch ein hohes Maß an Deckungsgleichheit auf. Es gibt bereits einige Indizien für eine verstärkte Zusammenarbeit. Sie wird dadurch behindert, dass den kooperationsunwilligen »Falken« beider Seiten aus innenpolitischen Gründen Zugeständnisse gemacht werden müssen.

Die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien sind zurzeit besser denn je. Auch NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen spricht mittlerweile davon, dass mit Russland ein gemeinsames strategisches Raketenabwehrsystem aufgebaut werden sollte. Der Weg hierzu, der die Sicherheit des gesamten Raums von Vancouver bis Wladiwostok untrennbar miteinander verknüpfen würde, ist noch lang, aber die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich spätestens seit diesem Frühjahr nicht nur spürbar verbessert, sie könnten am Beginn einer neuen Ära stehen (siehe Russland-Analysen Nr. 189 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen189.pdf>). Dies würde Auswirkungen auch in Zentralasien haben, das in den vergangenen Jahren wiederholt Schauplatz von Rangeleien zwischen Moskau und Washington war. Welche möglichen Konfliktlinien und Interessenunterschiede verbleiben?

Streben nach Vorherrschaft?

Falls Russland eine dominante Stellung in der Region anstreben sollte, wären einer Kooperation mit Washington und Brüssel enge Grenzen gesetzt. Danach sieht es jedoch nicht aus, denn jedes Mal, wenn sich dem Kreml in den vergangenen Jahren die Gelegenheit bot seine Stellung nachdrücklich zu festigen, nahm er diese nicht wahr. Zwei Belege mögen hier genügen:

Im Mai 2005 kam es in der usbekischen Stadt Andischan zu Unruhen, bei denen Sicherheitskräfte hunderte Menschen töteten. Usbekische Behörden argumentierten, dass Extremisten letztlich die Verantwortung für das Blutbad trügen, andere, nicht zuletzt westliche Regierungen, betonten hingegen die Rücksichtslosigkeit der staatlichen Organe, die auch Ausdruck ihrer Überforderung war. Festzuhalten blieb: Die Stabilität des zentralen und bevölkerungsreichsten Landes Zentralasiens schien ernsthaft gefährdet. In dieser Situation versuchte Usbekistan über Monate hinweg, Russland zu substantiellen Sicherheitsgarantien zu bewegen. Hierzu war der

Kreml jedoch nicht bereit. Die Verantwortung wog aus seiner Sicht deutlich schwerer als der Machtgewinn.

Im Juni dieses Jahres wiederholte sich eine ähnliche Konstellation: Die kirgisische Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa bat Russland unmittelbar nach dem Ausbruch des Blutvergießens im Süden Kirgistans einzugreifen und den Frieden wieder herzustellen. Moskau blieb jedoch defensiv und abwartend. Aus westlicher Sicht besteht folglich kein Anlass, einen übergroßen russischen Ehrgeiz in Zentralasien einhegen zu müssen. Könnte es aber nicht dennoch eine Konkurrenz mit dem ehemaligen Widersacher sein, die bestimmenden Einfluss auf die russische Politik ausübt und somit die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit einschränkt?

Antiwestliche Reflexe?

Russlands Zentralasienpolitik erweckte mitunter den Eindruck, betont den Einfluss der USA begrenzen zu wollen. Es gab beispielsweise wiederholte Indizien dafür, dass der Kreml Kirgistan in den vergangenen Jahren dazu bewegen wollte, von den USA die Schließung ihrer Luftwaffenbasis Manas zu verlangen. Es gibt jedoch zumindest einen stichhaltigen Beleg dafür, dass diese Einschätzung wenigstens deutlich relativiert werden muss: Als die kirgisische Führung im Juni Russland einzugreifen bat, hätte es sich als Bedingung eine Schließung von Manas ausbedingen können. Dies ist jedoch nicht erfolgt. Es spricht mehr dafür, dass Russland Washington in den vergangenen Jahren wiederholt unter Druck setzte, um den Westen zur Kooperation zu bewegen bzw. Handlungen zu vergelten, die Russland als betont unfreundliche Akte auffasste, was Washington wiederum dazu veranlasste, ebenfalls Stärke zu zeigen. Oder verhielt es sich vielleicht genau anders herum? Beide Seiten scheinen mittlerweile verstanden zu haben, dass ein derartiges Verhalten in einer Sackgasse endet.

Es waren jedoch nicht nur die Großen, die für die Spannungen verantwortlich zeichneten. Die Staaten Zentralasiens, aber auch etwa Georgien, haben wie-

derholt Spannungen zwischen Moskau auf der einen sowie Washington und etwa Brüssel auf der anderen Seite geschürt, um hiervon zu profitieren. Kirgistan beispielsweise versuchte jahrelang den Eindruck zu erwecken, als ob Russland entschieden auf eine Schließung von Manas dränge, um so die USA zu höheren Pachtzahlungen zu veranlassen. Und die Großen haben sich – vielleicht bis vor kurzem? – ein ums andere Mal instrumentalisiert lassen.

Gar nicht so weit auseinander – Interessenunterschiede zwischen Ost und West

Von einem grundsätzlichen Antagonismus zwischen dem Westen und Russland kann in Zentralasien keine Rede sein. Es bleiben aber durchaus unterschiedliche Interessen, z. B. in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen. Allerdings besteht hier die Hauptkonkurrenz nicht zwischen diesen beiden Seiten, sondern sie haben in China einen gemeinsamen Konkurrenten. Es gibt auch Differenzen in Bezug auf den Stellenwert und das Gewicht, das man der Beachtung der Menschenrechte beimisst. Präsident Dmitrij Medwedjew erklärte zwar Mitte Juli in einer programmatischen Rede ausdrücklich, dass deren Respektierung in anderen Ländern auch im staatlichen Interesse Russlands liege. Dies wird man vielleicht als ein Zeichen der Entschlossenheit zu Reformen im Inneren Russlands werten können oder als freundliche Geste gegenüber dem Westen, eine handlungsleitende Maxime der Politik wird das Drängen nach der Beachtung der Menschenrechte in absehbarer Zeit nicht werden. (Dies trifft übrigens auch auf Indien zu, das eine sehr realpolitisch geprägte Politik betreibt.)

Dementsprechend nüchtern betonte die russische Führung 2005 nach den Ereignissen in Andischan, anders als westliche Regierungen, insbesondere die Notwendigkeit die Lage zu stabilisieren. Sie sandte jedoch zugleich wegen der Art und Weise des Vorgehens der usbekischen Behörden und des Ausmaßes an vergossenem Blut Signale einer vorsichtigen Distanzierung aus. Das veranlasste den usbekischen Präsidenten Islam Karimow dazu, sich zunächst nach Beijing und nicht etwa Moskau zu begeben, um Rückendeckung für das Vorgehen seiner Sicherheitskräfte zu erhalten. Russland und der Westen sind sich trotz aller Differenzen in Bezug auf menschenrechtliche Standards näher, vielleicht sogar deutlich näher, als China und der Westen.

Ein wohl überschätzter Interessenunterschied zwischen Moskau und Washington liegt in der Frage der militärischen Stützpunkte auswärtiger Mächte in Zentralasien. Der Kreml hat immer wieder deutlich seine Abneigung gegen ihre dauerhafte Präsenz bekundet – ohne sich selbst als auswärtige Macht zu betrachten.

Russland ist in der Region mit einem Stützpunkt in der kirgisischen Stadt Kant und in Kasachstan in Baikonur und Saryschagan am Balchasch-See vertreten sowie mit einem 6.000 Mann starken Kontingent in Tadschikistan. Als auswärtige Mächte gelten Russland nicht nur die USA, sondern auch China, das sich zeitweise um einen Stützpunkt in Kirgistan bemühte, aber grundsätzlich auch das befreundete Indien, das in Tadschikistan mit einer militärischen Einrichtung Flagge zeigt. Falls sich die USA zu einer anhaltenden militärischen Präsenz in Zentralasien entschließen sollten, gäbe es einen Konflikt. Aber die Anzeichen deuten nicht in diese Richtung. Faktisch führt die russische Haltung insbesondere dazu, China vor der Tür zu halten, was im Westen keine Einwände hervorrufen wird.

Die russische Haltung stieße nur dann auf berechnete Ablehnung, wenn sie mit exklusiven Machtansprüchen verbunden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Weder Wladimir Putin noch sein Nachfolger Medwedjew haben je einen Anspruch auf eine russische »Einflusszone« erhoben. Die im diplomatischen Sprachgebrauch unübliche Formulierung Medwedjews vom Spätsommer 2008 von »privilegierten Interessen« Russlands, die sowohl für Verwirrung als auch Sorgen geführt hatte, wurde nur einmal getan und nicht mehr wiederholt. Vor welchen – möglicherweise gemeinsamen – Aufgaben stehen Russland und der Westen in Zentralasien?

Gemeinsame Aufgaben gibt es genug

Aktuell ist hier vor allem Kirgistan zu nennen. Die Situation im Land bleibt hochgradig instabil. Tausende Menschen haben sich bei den Plünderungen, die mit dem Umsturz im April dieses Jahres verbunden waren, bewaffnet oder trachten nach den blutigen Ereignissen vom Juni nach Vergeltung. Die Führer der zahlreichen politischen Parteien im Lande haben Privatarmeen gebildet und die Handlungsfähigkeit bzw. Entschlossenheit der Präsidentin sowie der Regierung müssen in Zweifel gezogen werden. Ihre Autorität hat Ende August bei der misslungenen Absetzung des noch vom vertriebenen Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew eingesetzten Bürgermeisters von Osch einen weiteren schweren Schlag erlitten: Die Präsidentin verfügte die Amtsenthebung des Oberhauptes der zweitgrößten Stadt des Landes und Zentrum des Blutvergießens im Juni, aber weder er, noch die Behörden der Stadt leisteten dem Folge. Als ein Minister der Zentralregierung versuchte, der Verfügung vor Ort Nachdruck zu verleihen, sah er sich umgehend genötigt aus der Stadt zu flüchten. Die »International Crisis Group« stellte hierzu fest, dass diese Episode ein weiterer Beleg der »Machtlosigkeit und Inkompetenz« der Regierung sei. Die für den 10. Oktober anberaumten Parlamentswahlen könnten zu weiteren gewaltsa-

men Eruptionen führen, und die faktische Nord-Süd-Teilung des Landes verfestigen.

Anfang der 1990er Jahre versuchten auch in Usbekistan aggressive Nationalisten Grenzen in Frage zu stellen. Sie wurden vom nach wie vor amtierenden Präsidenten Islam Karimow an den Rand gedrängt. Die ethnische Gemengelage, die insbesondere im dicht bevölkerten Ferganatal herrscht, in dem Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan miteinander verwoben sind, könnte jedoch wiederum zu Spannungen führen. Als im Juni diesen Jahres, insbesondere die usbekische Minderheit im Süden Kirgistans zu leiden hatte und bis zu 400.000 Menschen nach Usbekistan flüchteten, verhielt sich Taschkent besonnen. Anfang September wurde auf der Internetseite press-uz.info, die von Kreisen um Karimow kontrolliert werden soll, jedoch die These aufgestellt, dass die blutigen Exzesse unterblieben wären, wenn die Unruhegebiete im Süden Kirgistans Teil Usbekistans wären. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich die usbekische Führung aus innenpolitischen Gründen veranlasst sehen könnte, bei einem erneuten Aufflammen der Gewalt in Kirgistan ihre Zurückhaltung aufzugeben. Dies könnte zu einer weiteren gefährlichen Eskalation führen.

Neben den genannten ethnisch geprägten Kannbruchstellen sind die Beziehungen zwischen den Staaten der Region durch immer wieder aufflammende gravierende Spannungen gekennzeichnet. Sie äußern sich beispielsweise durch harsche Grenzregime, die teils bis zur Verminung von Grenzen geführt haben oder erhebliche Konflikte um Wasserrechte. Zu allem Überfluss könnte die oben aufgeführte Liste der aktuellen und strukturellen Probleme der Region noch weiter ergänzt werden.

Ansätze für eine Kooperation zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien

Es ist ein großer Gewinn, wenn das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen in Zentralasien nicht mehr auf dem Prinzip grundsätzlicher Konkurrenz und gelegentlicher Kooperation, sondern seiner Umkehrung beruht. Dies erhöht die Chancen gemeinsamer Krisenbewältigung oder -begrenzung und vermindert die Möglichkeiten von Akteuren, die in der Vergangenheit die eine gegen die andere Seite ausgespielt haben, diese Gewohnheit weiter zu pflegen.

Es scheint bereits ein gewisses Vertrauenskapital entstanden zu sein. Russland und die USA haben während der dramatischen Zuspitzung der Situation in Kirgistan im Juni engen Kontakt gehalten. Robert Blake, hochrangiger Vertreter des US-Außenministeriums für Süd- und Zentralasien, erklärte sogar Anfang September, dass Washington Russland dazu ermutigt habe, Truppen nach Kirgistan zu schicken. Ist die alte Furcht vor sinisternen Absichten des Kreml überwunden?

Aktuell mehren sich die Anzeichen, dass Russland bereit sein könnte in Osch eine Militärbasis einzurichten, die bereits vor einem Jahr im Gespräch war. Der Kreml übernehme damit im Süden Kirgistans eine erhebliche Verantwortung, die auch mit großen Risiken verbunden wäre. Wenn der Stützpunkt bereits im Juni bestanden hätte, so hätten zahlreiche Menschen dort Schutz gesucht, so dass russische Soldaten womöglich in bewaffnete Auseinandersetzungen mit deren Verfolgern verwickelt worden wären. Gibt es nicht Indizien dafür, dass der Westen und Russland damit begonnen haben eine Verantwortungsgemeinschaft in Zentralasien einzugehen?

Afghanistan

Russland besitzt ein substantielles Interesse daran, dass die Situation am Hindukusch beherrschbar bleibt bzw. wird (siehe Russland-Analysen Nr. 203 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen203.pdf>). Sie hat nach Ansicht des Kremls gravierende Auswirkungen auf diejenige in Zentralasien, die wiederum aufgrund der 6.700 Kilometer langen russisch-kasachstanischen Grenze von derjenigen Russlands kaum zu trennen ist. Die USA haben sich dieser russischen Perspektive mittlerweile angenähert.

Russland spielte eine indirekte, aber signifikante Rolle bei der Niederrückung der Taliban im Herbst/Winter 2001/02, demonstrierte bis 2003/04 Kooperationsbereitschaft, zeigte dann jedoch Anzeichen von Schadenfreude in Anbetracht der wachsenden Probleme der Alliierten. Seit 2006 begann die Sorge zu überwiegen und der Kreml zeigte, trotz der eingetrübten Großwetterlage mit dem Westen, seine Bereitschaft zur Kooperation, die er mit der Bundesrepublik zur Versorgung der deutschen Soldaten bereits praktizierte.

Seit dem Frühjahr 2010 werden erhebliche Mengen an Nachschubgütern auch für die US-Truppen, die rasch an Umfang gewinnen, über russisches Territorium Richtung Afghanistan verbracht. Dies erfolgte erst, nachdem Washington in Beijing und angeblich sogar in Teheran erfolglos sondiert hatte, ob sich Russland nicht umgehen ließe. Die ungewohnte gewisse Abhängigkeit von Russland weckt in den USA zumindest Unbehagen. Alte Muster wirken sowohl auf der US-amerikanischen als auch der russischen Seite nach.

Innenpolitischer Druck

Dmitrij Mewedjew, aber insbesondere Barack Obama, der einen Rechtsruck bei den anstehenden Parlamentswahlen befürchten muss, steht unter innenpolitischem Druck. Es gibt folglich wiederholt unfreundliche Äußerungen hochrangiger Vertreter beider Länder über das jeweils andere, um die Kritiker eines Ausgleichs

im Innern zu beruhigen. Das US-Außenministerium beschuldigte Russland beispielsweise Ende Juli diesen Jahres, Bestimmungen des START-Abrüstungsvertrages verletzt zu haben, Russland antwortete kurz darauf mit ähnlichen Vorwürfen an die amerikanische Adresse. Zumindest nach Angaben der russischen Zeitung »Kommersant« sollen Washington und Moskau bereits im Herbst vergangenen Jahres genau dieses Vorgehen miteinander vereinbart haben. Ob Finten die Falken auf beiden Seiten dauerhaft beruhigen können? Die EU jedenfalls ist, von Deutschland initiiert, seit diesem Sommer im Begriff, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland deutlich zu verstärken. Und es sieht nicht danach aus, dass man sich durch Entwicklungen in den USA hiervon wird abbringen lassen.

Und China?

Vor allem in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts gab es zahlreiche westliche Stimmen, die eine »Anti-NATO« in Form der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zwischen Russland, China und den Staaten Zentralasiens (außer Turkmenistan) heraufziehen sahen. Ihre Argumente waren nie stichhaltig. China weiß, dass Russland letztlich Richtung Westen strebt, wenngleich ohne in ihm auf absehbare Zeit aufgehen zu wollen. Indizien hierfür sind beispielsweise das strategische Raketenabwehrsystem oder die anhaltende Weigerung Russlands, China modernste Waffen zu verkaufen.

Die russisch-chinesischen Beziehungen sind in Zentralasien (und darüber hinaus) durch ein Geflecht von Kooperation, aber auch Konkurrenz gekennzeichnet.

Turkmenistan z. B. konnte in der Vergangenheit seine erheblichen Gasexporte nur über Leitungen auf den internationalen Markt bringen, die über russisches Territorium führten. Gazprom nutze dies dazu, Turkmenistan einen Preis zu zahlen, der weit unter demjenigen lag, den es selbst in Europa erzielte und strich so jährlich Milliardengewinne ein. Seit sich Turkmenistan jedoch mit Beijing über einen Pipelinebau nach China verständigt hat, muss sich Gazprom seit 2008 den Wünschen des Exporteurs beugen. Beijing gewinnt in Zentralasien insbesondere zu Lasten Moskaus massiv an Bedeutung, aber eine grundsätzliche Konfrontation ist nicht zu erwarten.

Resümee

Russland und der Westen werden füreinander schwierige Partner sein, aber die Deckungssumme gemeinsamer Interessen (nicht nur) in Zentralasien ist beachtlich. Die gravierenden Probleme in der Region erfordern eine Kooperation und die Aussichten sind, trotz aller Einschränkungen, zurzeit besser denn je. Zudem sollte im Westen berücksichtigt werden, dass Russland allein, aber in Kontakt mit den westlichen Partnern, als Stabilitätsanker wirken kann. Der Westen besitzt hierfür letztlich weder hinreichendes Interesse noch Expertise. Und er sollte das Seine dazu beitragen, dass Russland hierzu auch in der Lage ist. Auch den westlichen Kritikern der Annäherung sollte bewusst sein, dass eine Schwächung Russlands keinen Gewinn für die nordatlantische Welt, sondern für China darstellt.

Über den Autor:

Dr. Christian Wipperfürth hat u. a. für das Europäische Parlament, den Deutschen Bundestag und als Assistant Professor an der Universität in St. Petersburg gearbeitet. Seit Herbst 2004 ist er als freiberuflicher Publizist in Berlin tätig. Er arbeitet insbesondere zur russischen Außen-, aber auch Innenpolitik und zu den europäisch-russischen Energiebeziehungen.

Lesetipps:

- Bobo Lo, Russia, China and the United States: From Strategic Triangularism to the postmodern Triangle, in: Proliferation Papers, No. 32, Winter 2010, = <http://ifri.org/downloads/pp32bobolo.pdf>
- Leland R. Miller, Fear and Loathing in Central Asia, in: Foreign Policy, August 5, 2010, = http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/08/05/fear_and_loathing_in_central_asia
- Erica Marat, Russia Plans to Open Military Training Facility in Kyrgyzstan, in: James Town Foundation, Eurasia Daily Monitor, September 16, 2010, = [http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=36855&tx_ttnews\[backPid\]=484&no_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews[tt_news]=36855&tx_ttnews[backPid]=484&no_cache=1)
- Elizabeth Wishnick, Russia, China, and the United States in Central Asia: Prospects for Great Power Competition and Cooperation in the Shadow of the Georgian Crisis, Strategic Studies Institute United States Army War College 2009, = <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubid=907>

TABELLE ZUM TEXT

Wichtige strategische Einrichtungen ausländischer Staaten in Zentralasien

	Herkunft der Truppen	Truppenstärke (2007)
Kirgistan		
Manas Luftwaffenbasis und Transitzentrum	USA und andere Staaten der NATO-Mission für Afghanistan	1000 (+800–1000)
Kant Luftwaffenbasis	Russland	500
Tadschikistan		
201. Militärbasis (Duschanbe, Kuljab, Kurgantjube)	Russland	8.000
Nurek-Satelliten-Kontrollkomplex («Okno»)	Russland	k.A.
Militärischer Teil des Flughafens Duschanbe	Frankreich	150
Aini-Luftwaffenbasis	Indien	k.A.
Kasachstan		
Weltraumbahnhof Baikonur	Russland	k.A.
Saryschagan-Testgelände zur Raketenabwehr	Russland	k.A.
Usbekistan		
Termiz-Luftwaffenbasis	Deutschland	k.A.

Quelle: Zdzislaw Lachowski: *Foreign Military Bases in Eurasia*. SIPRI Policy Paper No. 18, 2007; <http://books.sipri.org/files/PP/SIPRI18.pdf>

Zentralasien in wirtschaftsbezogenen Länderrankings

Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld im internationalen Vergleich

Es ist inzwischen schon Tradition, dass wir Sie im Herbst jeden Jahres über die neuesten Daten der wirtschaftsbezogenen Länderrankings informieren. Dieses Mal haben allerdings nur wenige Institutionen neue Zahlen veröffentlicht, sei es, weil sie nur alle zwei Jahre neue Erhebungen machen, sei es, weil sich in diesem Jahr die Publikation neuer Daten offensichtlich verzögert. Dennoch sollen Sie hier die bereits vorliegenden Zahlen zu sehen bekommen – so lange sie noch neu sind.

Nach wie vor gelten für ihre Einordnung folgende Überlegungen: Der Bezugspunkt fast aller wirtschaftsbezogenen Länderrankings ist das neoliberale Wirtschaftsmodell der freien Marktwirtschaft. Damit beziehen sich die Bewertungen auf Ideale wie freien und fairen Wettbewerb, Verzicht auf Staatsinterventionismus sowie solide Staatsfinanzen. Gemessen wird, wie nah eine Volkswirtschaft diesen Idealen kommt. In methodisch meist etwas fragwürdigen Analysen zeigen viele Ersteller von Rankings dann auch, dass Länder, die bei ihnen ein gutes Ranking erreichen, sich auch wirtschaftlich besser entwickeln.

Während den zuletzt in den Zentralasien-Analysen Nr. 29 (<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen29.pdf>) im Mai diesen Jahres vorgestellten politikbezogenen Länderrankings (dort finden Sie auch die neuesten Zahlen des Corruption Perception Index) subjektive Experteneinschätzungen zugrunde liegen, wird bei wirtschaftsbezogenen Ratings auch auf statistische Daten zurückgegriffen. Die Mehrzahl der hier vorgestellten Rankings kombiniert statistische Daten und Expertenmeinungen. Dabei wird der Index in relevante Teilbereiche zerlegt und für jeden Teilbereich werden geeignete Indikatoren ausgewählt. In Teilbereichen, die nicht oder nicht vollständig über harte Zahlen erfasst werden können, wird auf Expertenbefragungen zurückgegriffen. Für die Interpretation der Zahlen ist außerdem wichtig, dass sich die Jahreszahl des Rankings nicht unbedingt auf das Erhebungsjahr bezieht.

Bei allen Rankings haben die Ersteller erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Auch wenn es ihnen unter Umständen nicht bewusst ist, beeinflusst sowohl die Auswahl der zu bewertenden Teilbereiche als auch die Wahl der zu verwendenden Indikatoren das Ergebnis erheblich. Insgesamt gibt es vier zentrale Kritikpunkte an wirtschaftsbezogenen Länderrankings: 1. die Subjektivität der Experteneinschätzungen; 2. die Unzuverlässigkeit vieler nationaler Statistiken; 3. die Vergleichbarkeit der Daten zwischen verschiedenen Ländern und 4. die Indexkonstruktion. Oft werden ausgehend von vergleichsweise wenigen Indikatoren sehr weitreichende Urteile gefällt. Sowohl die Auswahl als auch die Gewichtung der einzelnen Indikatoren haben zwingend eine subjektive Komponente und können die Ergebnisse erheblich beeinflussen. Die Rankings bewerten also nicht einfach nur Fakten. Sie propagieren auch bestimmte Bereiche als wichtig und andere als weniger wichtig. Gleichzeitig versuchen die Ersteller der Rankings mit ihren Ergebnissen öffentliche Debatten zu beeinflussen. Sie sind damit meist erfolgreich, denn die Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge zu einfachen, vergleichbaren Zahlen und Positionsangaben lässt die Rankings eine wichtige Rolle in Politik, Wirtschaft und Medien spielen. Wenn sie auch nicht immer die reale Lage der jeweiligen Volkswirtschaft eindeutig bewerten, so geben sie doch eine gewisse Orientierungsgröße und bestimmen dadurch gleichzeitig das Image des jeweiligen Landes mit.

Die Position der zentralasiatischen Staaten in diesen Rankings hat sich seit ihrer ersten Erfassung bis auf kleine Ausnahmen kaum verändert, sie befinden sich in der zweiten Hälfte, oft aber auch erst im letzten Drittel oder gar auf einem der letzten Plätze. Kasachstan nimmt unter ihnen meist die beste Position ein und liegt damit auf Augenhöhe oder manchmal sogar vor den großen Nachbarn Russland und China. Allerdings zeigt die Finanzkrise auch in den Rankings ihre Folgen, indem das Land ein wenig zurückgefallen ist. Bei den Bewertungen Kirgistans ist zu bedenken, dass sie die Zeit vor dem April 2010 betreffen. Und nach wie vor verhindert das Fehlen verlässlicher Daten die genauere Einordnung der beiden wirtschaftlich vergleichsweise wichtigen Staaten Turkmenistan und Usbekistan im Global Competitiveness Index.

Heiko Pleines und Beate Eschment

Teil 1: Wirtschaftssystem

Index of Economic Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: derzeit 183

Internetadresse: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx>

Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der Index of Economic Freedom bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseinmischung (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Banksystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption, Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2010

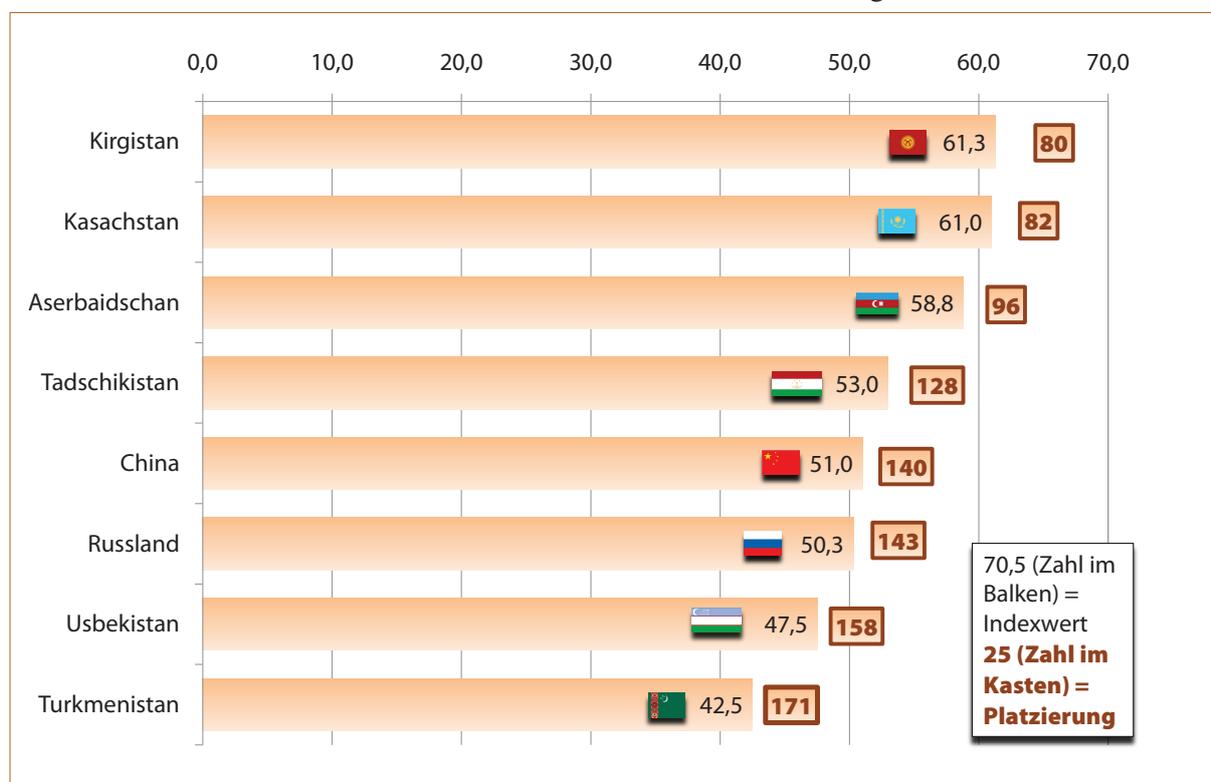


Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2010

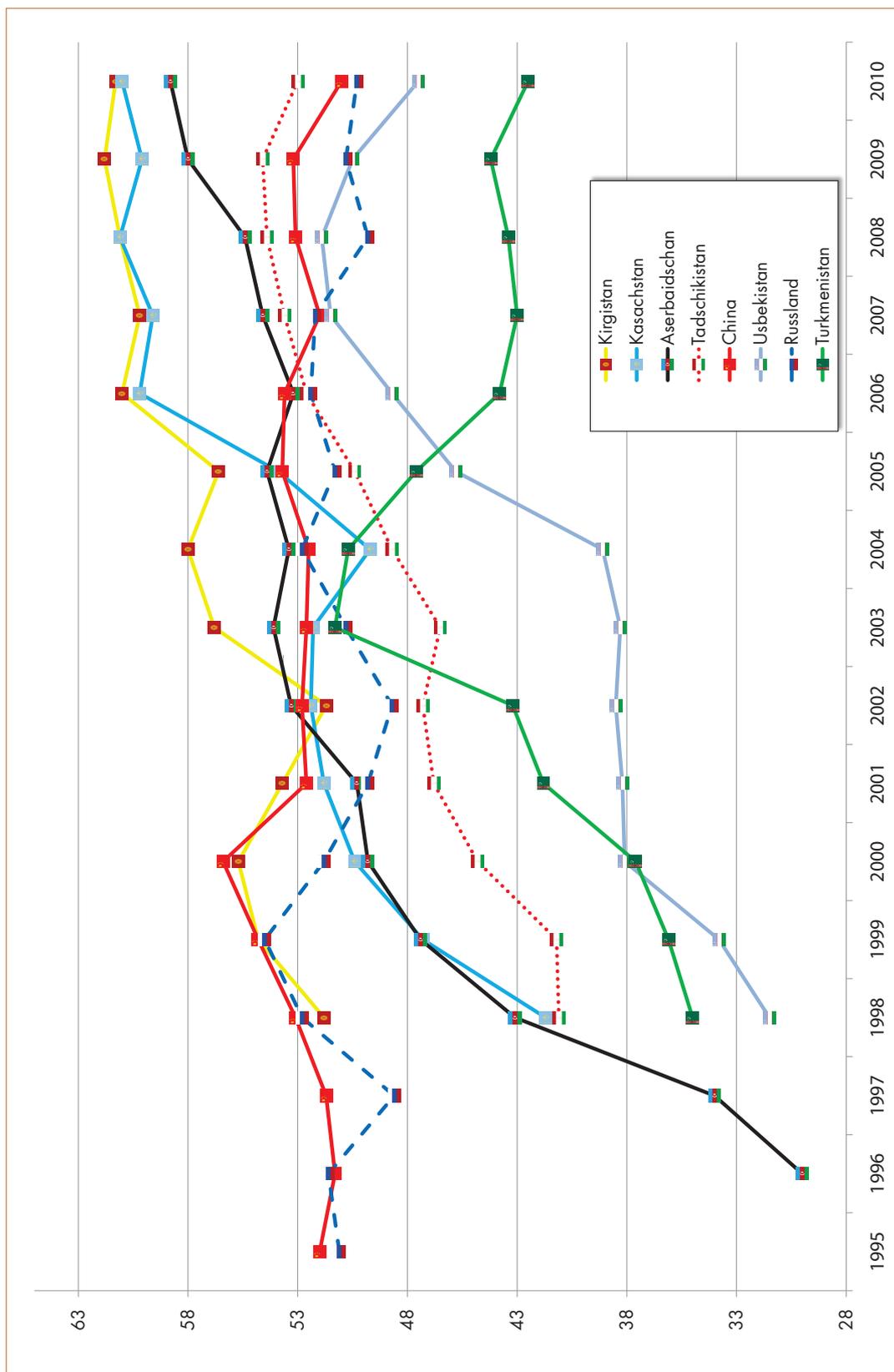
	Kirgisistan	Kasachstan	Aserbaidschan	Tadschikistan	China	Russland	Usbekistan	Turkmenistan
Rang	80	82	96	128	140	143	158	171
Geschäftsumfeld	76,6	73,5	74,6	57,4	49,7	52,2	67,8	30
Handel	75,9	85,9	77,1	82,5	72,2	68,4	65,1	79,2
Steuern	92,9	87,9	79,5	88,9	70,2	82,3	88,4	90,2
Staats-einmischung	80,2	82,1	77,5	78	88,1	66,5	72,6	94,7
Geldpolitik	62,2	65,6	62,7	58,4	70,6	62,6	62,4	62,8
Investitionen	50	30	55	25	20	25	10	-
Banksystem	50	50	40	40	30	40	10	10
Eigentumsrechte	25	30	20	25	20	25	20	10
Korruption	18	22	19	20	36	21	18	18
Arbeitsmarkt	82,6	83,1	82,5	54,4	53,2	59,6	61,1	30
Gesamtwert	61,3	61	58,8	53	51	50,3	47,5	42,5

Tabelle 2: Index of Economic Freedom: 1995–2010

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kirgistan	-	-	-	51,8	54,8	55,7	53,7	51,7	56,8	58,0	56,6	61	60,2	61,1	61,8	61,3
Kasachstan	-	-	-	41,7	47,3	50,4	51,8	52,4	52,3	49,7	53,9	60,2	59,6	61,1	60,1	61,0
Aserbaidschan	-	30,0	34,0	43,1	47,4	49,8	50,3	53,3	54,1	53,4	54,4	53,2	54,6	55,4	58,0	58,8
Tadschikistan	-	-	-	41,1	41,2	44,8	46,8	47,3	46,5	48,7	50,4	52,6	53,6	54,4	54,6	53,0
China	52,0	51,3	51,7	53,1	54,8	56,4	52,6	52,8	52,6	52,5	53,7	53,6	52,0	53,1	53,2	51,0
Russland	51,1	51,6	48,6	52,8	54,5	51,8	49,8	48,7	50,8	52,8	51,3	52,4	52,2	49,8	50,8	50,3
Usbekistan	-	-	-	31,5	33,8	38,1	38,2	38,5	38,3	39,1	45,8	48,7	51,5	51,9	50,5	47,5
Turkmenistan	-	-	-	35,0	36,1	37,6	41,8	43,2	51,3	50,7	47,6	43,8	43,0	43,4	44,2	42,5

Anm.: Eine grafische Darstellung der Indizes von 1995 bis 2010 finden Sie auf S. 10.

Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995–2010



Anm.: Die Zahlen, die dieser Grafik zugrunde liegen, finden Sie auf S. 9.

Global Competitiveness Index (GCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2005 (2001 bis 2004: Growth Competitive Index)

Indexwerte sind jeweils für das erstgenannte Jahr im Titel.

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: derzeit 133

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

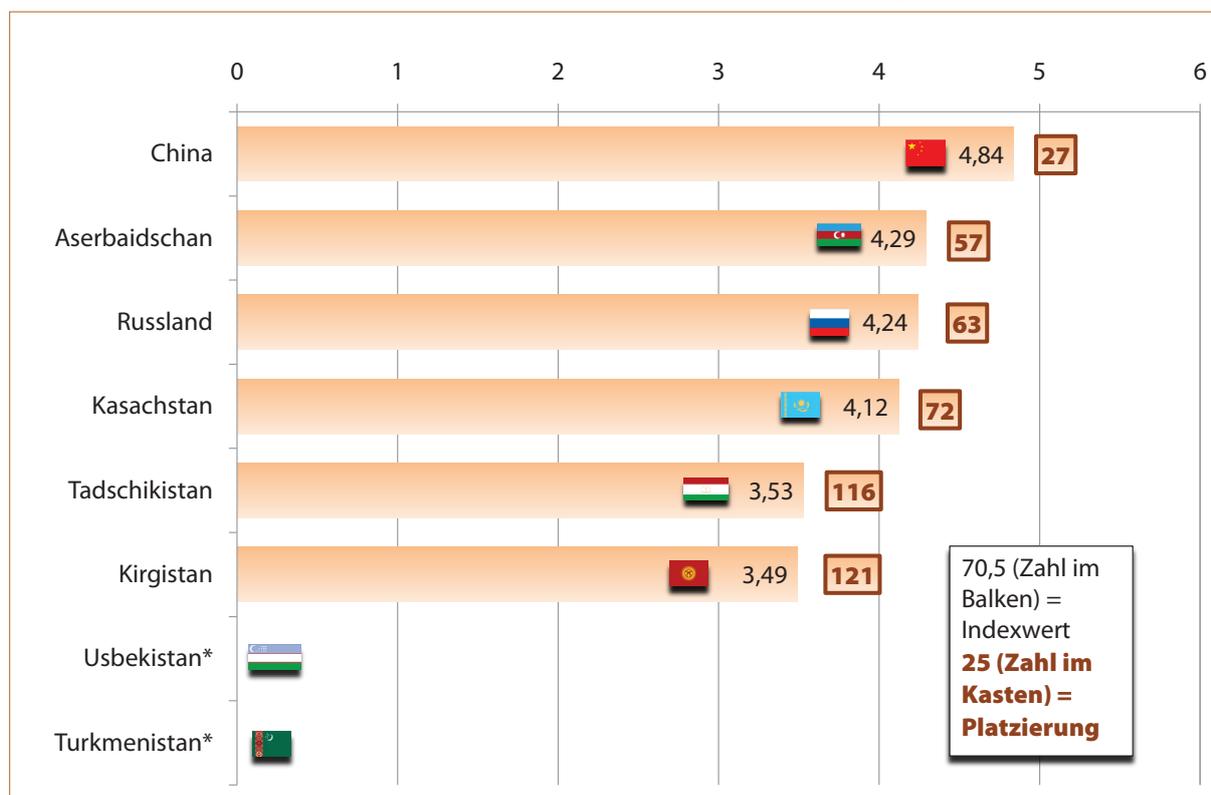
Kurzbeschreibung:

Der Index basiert auf 90 Indikatoren aus neun Bereichen, die als zentral für Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden: institutionelles Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung, Sicherheit, Korruption, Transparenz), Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation), volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheit und Bildung, Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung, Markteffizienz (staatliche Regulierung, Wettbewerb, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte), Technologieintensität (Aufnahmebereitschaft von Unternehmen, Gesetze, Verbreitung von PCs, Mobilfunk, Internet), Unternehmensführung (Qualität der Organisation zentraler Unternehmensaktivitäten), Innovation (Umfang der Forschung, Gesetze, Patente).

Die Mehrheit der Indikatoren erfasst statistische Daten. Zusätzlich werden jedoch einzelne Indikatoren auch über die Einschätzung von Geschäftsleuten bewertet. Dazu werden mittlerweile in den 133 einbezogenen Ländern insgesamt über 13.000 Geschäftsleute befragt.

Die neun Bereiche des Index werden in drei Subindizes zusammengefasst, die jeweils auf ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsstadium Bezug nehmen sollen: Grundlagen, Effizienzverbesserung, Innovationsförderung. Subindizes und Gesamtindex werden als ungewichteter Durchschnitt der jeweils einbezogenen Bereichswerte gebildet.

Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2010–2011

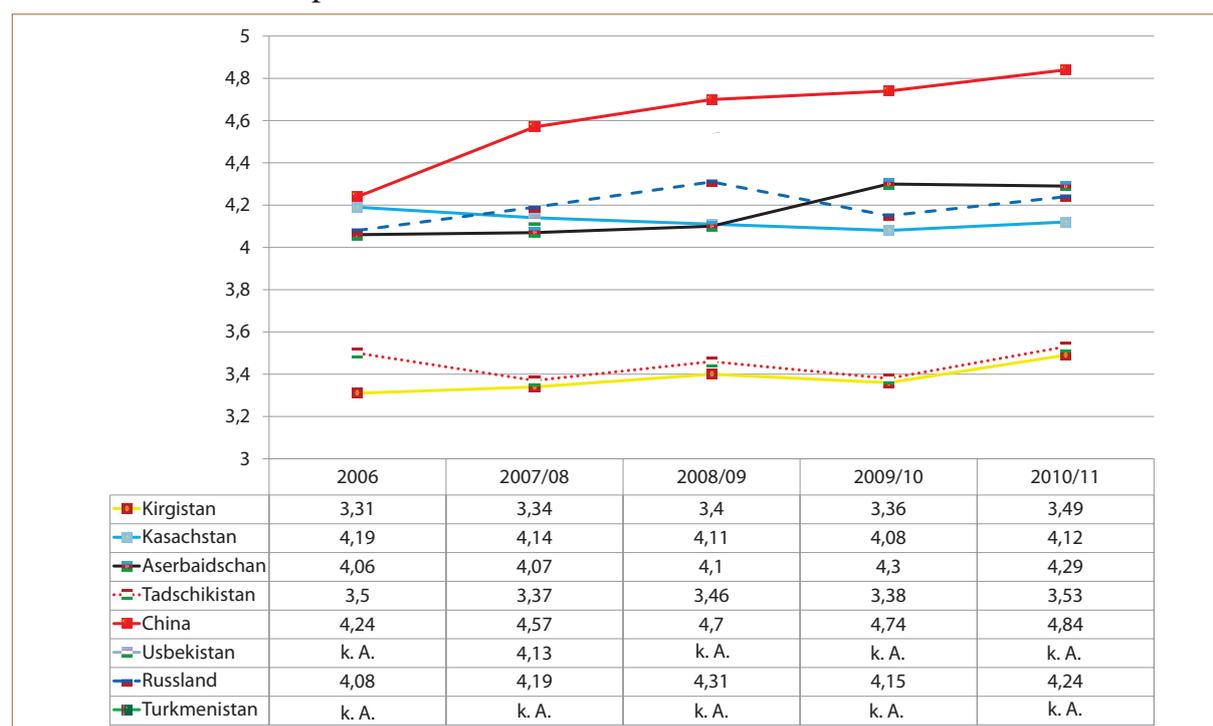


* Für Usbekistan und Turkmenistan wurden keine Werte erhoben.

Tabelle 3: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2010–2011

	Kirgistan	Tadschikistan	Kasachstan	Russland	Aserbaidschan	China	Usbekistan	Turkmenistan
1. Subindex: Grundlagen	3,59	3,74	4,48	4,52	4,67	5,27	*	*
Geschäftsumfeld	3,01	3,76	3,58	3,22	3,86	4,37	*	*
Infrastruktur	2,47	2,63	3,57	4,46	3,69	4,44	*	*
Volkswirtschaft	3,66	3,25	5,27	4,49	5,62	6,11	*	*
Gesundheit/Bildung	5,21	5,32	5,48	5,92	5,50	6,16	*	*
2. Subindex: Effizienzverbesserung	3,44	3,25	4,00	4,19	3,97	4,63	*	*
Hochschulen	3,83	3,41	4,20	4,55	3,96	4,24	*	*
Markteffizienz	3,58	3,54	3,98	3,58	3,92	4,40	*	*
Arbeitsmarkt	4,42	4,38	4,86	4,51	4,82	4,70	*	*
Finanzmarkt	3,54	3,14	3,39	3,18	4,12	4,28	*	*
Technologie	2,75	2,74	3,40	3,56	3,55	3,44	*	*
Marktgröße	2,53	2,30	4,16	5,74	3,46	6,71	*	*
3. Subindex: Innovation	2,58	2,96	3,14	3,36	3,50	4,13	*	*
Unternehmensführung	3,05	3,13	3,47	3,47	3,84	4,34	*	*
Innovation	2,12	2,79	2,81	3,25	3,16	3,92	*	*
Gesamtindex	3,49	3,53	4,12	4,24	4,29	4,84	*	*

Grafik 4: Global Competitiveness Index: Indexwerte 2006–2010/11



Teil 2: Geschäftsumfeld

Index of Economic Freedom – Business Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: derzeit 183

Internetadresse: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx>

Kurzbeschreibung:

Der auf S. 8 vorgestellte Index of Economic Freedom erfasst das Geschäftsumfeld (business freedom bzw. regulation) als einen Teilbereich. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt.

Grafik 5: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 2005–2010

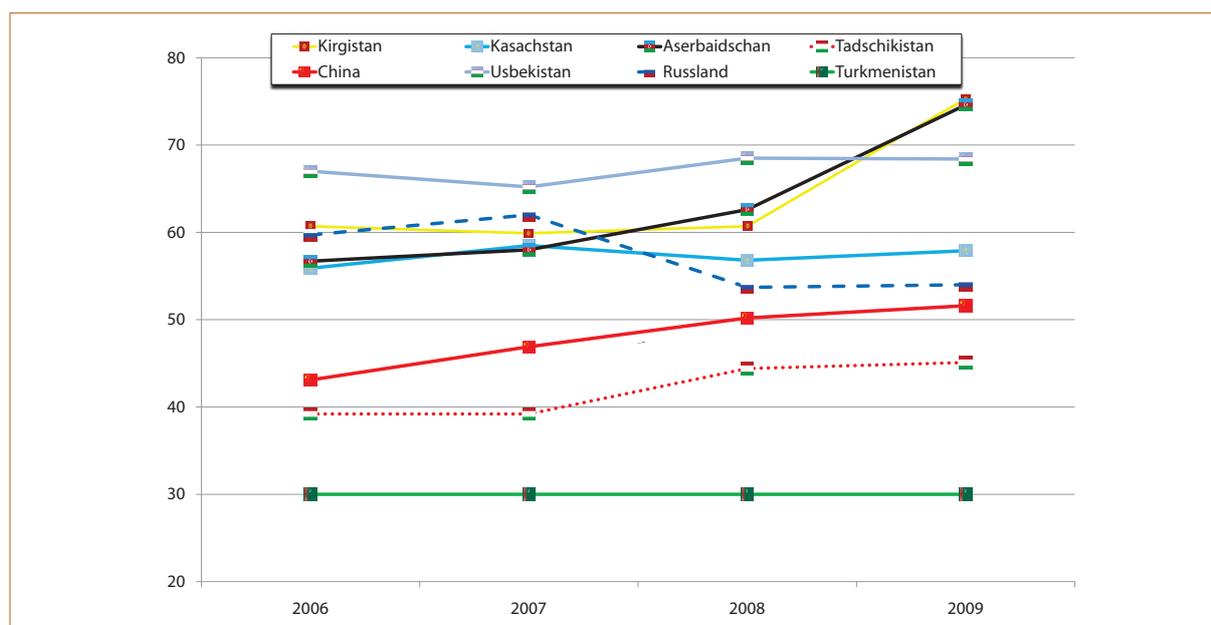


Tabelle 4: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995–2010

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
Kirgistan	-	-	-	55	55	55	55	55	55	55	55	60,7	59,9	60,7	75,3	76,6	
Aserbaidschan	-	40	55	55	55	55	55	55	55	55	55	56,7	58,0	62,6	74,6	74,6	
Kasachstan	-	-	-	55	55	55	55	55	55	55	55	55,9	58,5	56,8	57,9	73,5	
Usbekistan	-	-	-	40	40	40	40	40	40	40	40	40	67,0	65,2	68,5	68,4	67,8
Tadschikistan	-	-	-	55	55	55	55	55	55	55	55	55	39,2	39,2	44,4	45,1	57,4
Russland	85	70	55	55	55	55	55	55	55	55	55	59,7	62,0	53,7	54,0	52,2	
China	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	43,1	46,9	50,2	51,6	49,7	
Turkmenistan	-	-	-	55	55	55	55	55	55	55	55	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	

Teil 3: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Human Development Index (HDI)

Erstellt von: United Nations Development Program (UNDP)

Seit: 1990 (rückwirkende Berechnung für 1975 bis 1990 ohne die sozialistischen Staaten)

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Stichjahr und werden mit zwei Jahren Verzögerung publiziert.

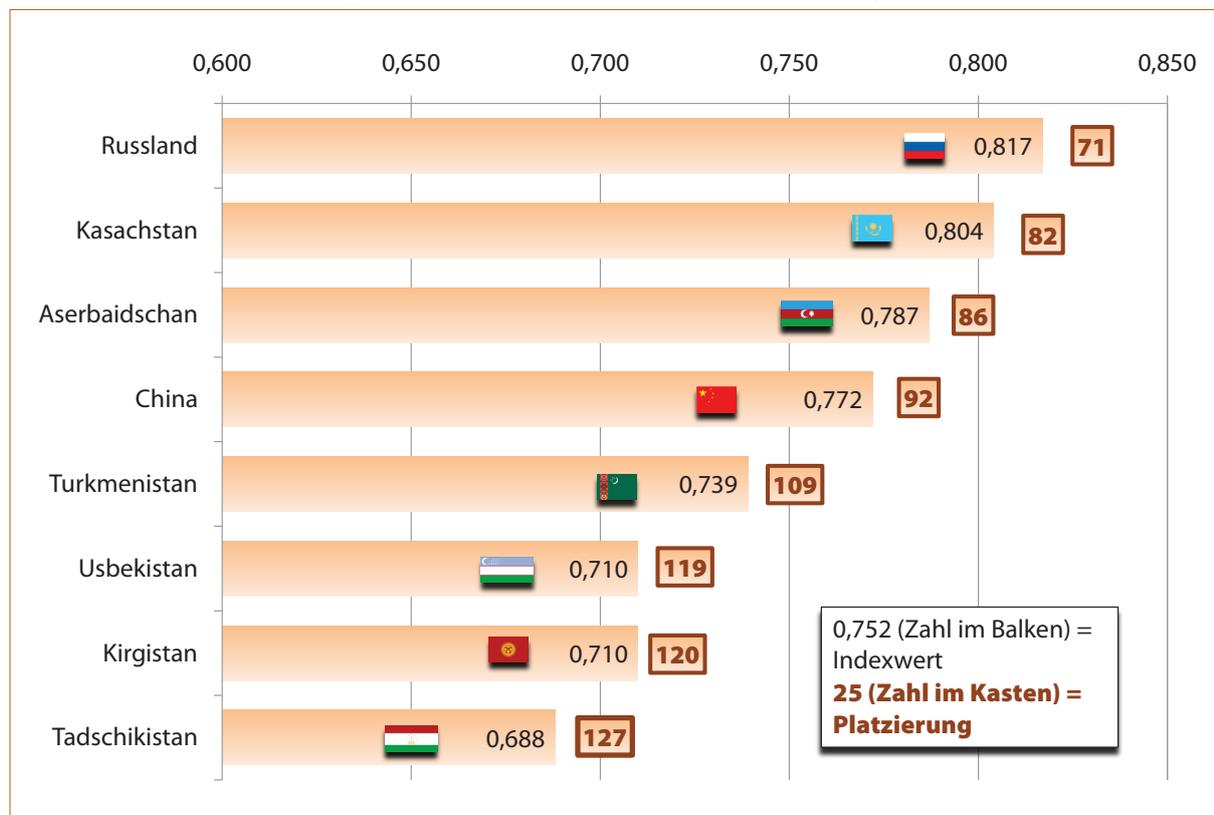
Erfasste Länder: derzeit 179

Internetadresse: <http://hdr.undp.org/en/statistics/data/>

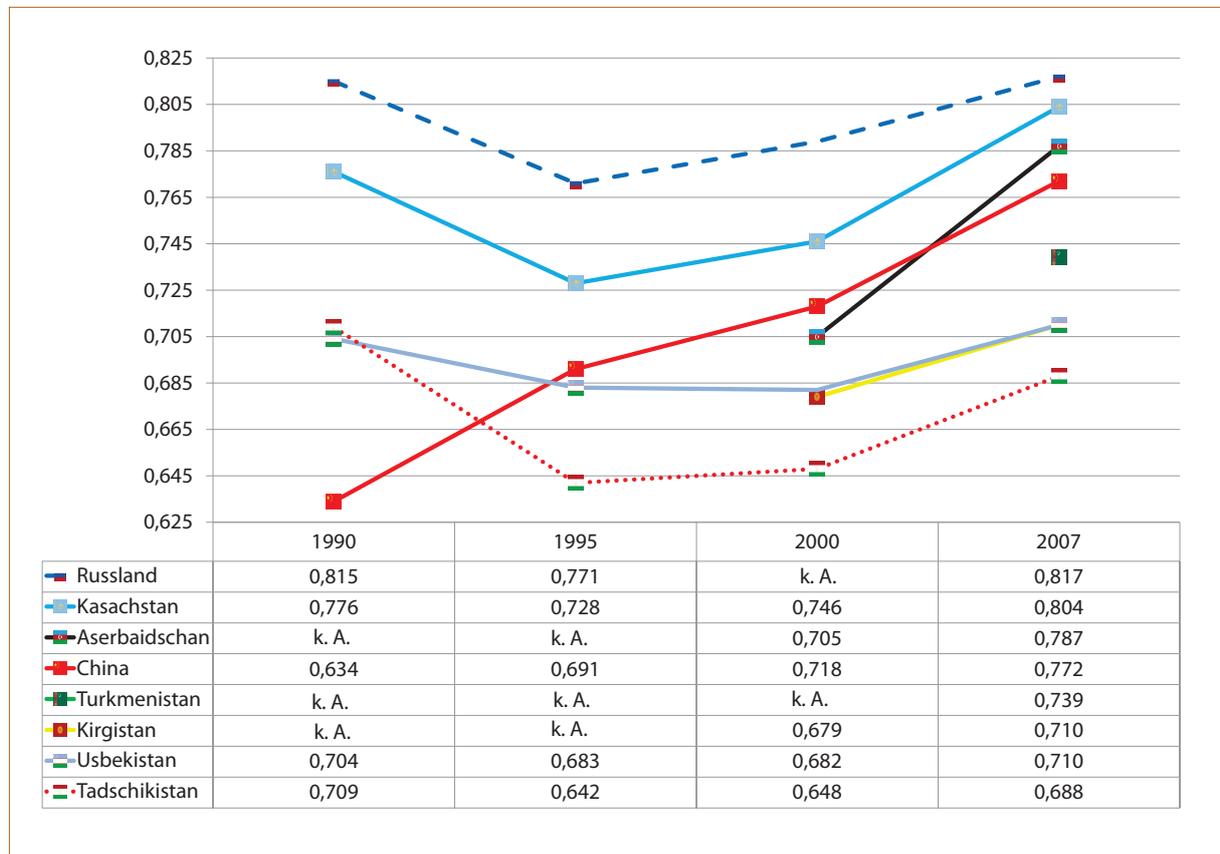
Kurzbeschreibung:

Der Index soll die »durchschnittlichen Errungenschaften eines Landes in drei grundlegenden Bereichen messen: langes und gesundes Leben, Wissen und annehmbarer Lebensstandard«. Dazu werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschulausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Grafik 6: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2007



Grafik 7: Human Development Index: 1990–2007



Anmerkung: Für Russland liegt kein Wert für 2000 vor. Es wurde deshalb ein gleitender Durchschnitt gebildet.

CHRONIK

Vom 24. Juli bis zum 17. September 2010

Kasachstan

24.7.2010	Wegen großer Dürre bei anhaltend hohen Temperaturen von über 40 Grad droht im Westen Kasachstans die Verhängung des Ausnahmezustands, meldet Interfax-Kazakhstan.
26.7.2010	Premierminister Karim Massimow erklärt bei einer Kabinettsitzung, dass bis Ende September ein neues Programm zur Sprachenentwicklung in Kasachstan verabschiedet werden soll.
26.7.2010	Die Staatsanwaltschaft der Stadt Almaty leitet ein Verfahren gegen die Behörde zum Schutz vor Schlammlawinen ein, weil diese die tatsächliche Gefahr durch solche Naturkatastrophen verschleiert habe.
26.7.2010	Die Erdölexporte Kasachstans nach China haben sich im ersten Halbjahr 2010 um 45 % erhöht, meldet Silk Road Intelligencer.
27.7.2010	Premierminister Massimow rechnet unter Berufung auf Landwirtschaftsminister Akylbek Kurischbajew trotz Dürre mit einem mittleren Ernteergebnis für Getreide und dementiert Berichte über steigende Brotpreise.
27.7.2010	Kasachstan möchte seinen Anteil am Gütertransport über das Kaspische Meer durch die Vergrößerung seiner Frachter- und Tankerflotte anheben, erklärt Transportminister Abelgasi Kusainow.
28.7.2010	Nach Angaben der Staatsagentur für Statistik hat Astana zum 1.6. die 700.000-Einwohner-Marke überschritten.
28.7.2010	Die Ministerin für ökonomische Entwicklung und Handel, Schanar Aitschanowa, gibt bekannt, dass das Wirtschaftswachstum Kasachstans in der ersten Jahreshälfte vor allem aufgrund steigender Ölpreise 8 % betragen habe.
29.7.2010	Die Getreidepreise sind allein im zurückliegenden Monat um ca. ein Drittel gestiegen. Experten rechnen jedoch nicht mit einem weiteren Preisanstieg.
30.7.2010	Kasachstan stellt Kirgistan zur Heizperiode 2010/11 als humanitäre Unterstützung 400.000 t Kohle, 40.000 l schweres Heizöl und 50.000 l Diesel zur Verfügung, meldet Kazinform.
31.7.2010	Beim Zusammenstoß eines Busses mit einem LKW im Gebiet Schambyl sterben nach vorläufigen Angaben 20 Menschen.
3.8.2010	Der Präsident der international nicht anerkannten Republik Transnistrien, Igor Smirnow, äußert sich in einer Erklärung positiv über die Vermittlerrolle Kasachstans im Rahmen seines OSZE-Vorsitzes im Konflikt mit Moldawien.
3.8.2010	Präsident Nursultan Nasarbajew weist Landwirtschaftsminister Kurischbajew an, Landwirte der unter Auswirkungen der Dürre leidenden Regionen zu entschädigen.
3.8.2010	Das Ministerium für Tourismus und Sport stellt den neuen Webauftritt visitkazakhstan.kz online, mit dem das touristische Image des Landes zu gestärkt werden soll.
4.8.2010	Nach Angaben des stellvertretenden Chefs der Agentur für Wettbewerbsschutz, Rustam Akberdin, gehören die Gebühren für Mobilfunkdienstleistungen in Kasachstan zu den weltweit höchsten.
4.8.2010	Die BTA Bank schreibt nach Rekordverlusten im Jahr 2009 auch im ersten Halbjahr 2010 mit einem Minus von ca. 796 Mio. US-Dollar rote Zahlen.
5.8.2010	Präsident Nasarbajew bietet seinem russischem Amtskollegen Dmitrij Medwedjew in einem Telefongespräch Unterstützung im Kampf gegen die verheerenden Wald- und Torfbrände in Zentralrussland an.
7.8.2010	Der kasachstanische Regisseur Jerkin Rakischew plant in Reaktion auf den Film »Borat« des britischen Komikers Sacha Baron Cohen ein neues Werk, in dem er u. a. mit negativen Vorurteilen aufräumen will.
9.8.2010	Der japanische Außenminister Katsuya Okada trifft zu einem offiziellen Besuch in Astana ein.
9.8.2010	Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums gibt bekannt, dass keine Exportbeschränkungen für Getreide vorgesehen sind. Derweil meldet Eurasianet.org, dass auch Kasachstan aufgrund der Dürre erhebliche Ernteauffälle bevorstünden.
10.8.2010	Das Oberste Gericht lehnt eine Straferleichterung für den oppositionellen Journalisten Tochnijas Kutschukow ab. Kutschukow war im August vergangenen Jahres wegen eines Verkehrsvergehens mit Todesfolge zu vier Jahren Haft verurteilt worden.
10.8.2010	Der Konzern Kazatomprom meldet im ersten Halbjahr 2010 eine Steigerung der Uranproduktion um 42 % auf knapp 8.500 t im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

10.8.2010	Der Chef des Komitees für Migration des Gebietes Almaty gibt bekannt, dass von den 36.000 im Gebiet neu geschaffenen Arbeitsplätzen lediglich knapp 400 mit ethnisch-kasachischen Migranten aus dem Ausland besetzt wurden.
11.8.2010	Bei der Niederschlagung eines Gefangenenaufstandes in einem Besserungslager im Gebiet Akmola kommt ein Mensch zu Tode, 60 werden verletzt.
12.8.2010	Interfax Kazachstan meldet unter Berufung auf die Agentur für Statistik, dass die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11 % auf knapp 6,5 Billionen Tenge (43,3 Mrd. US-Dollar) gewachsen ist.
13.8.2010	Präsident Nasarbajew besucht das im März von einer Flutwelle völlig zerstörte und wiederaufgebaute Dorf Kysyl-Agash im Gebiet Almaty. Bei der Tragödie waren 45 Menschen ums Leben gekommen.
13.8.2010	Der im Kazakhgate-Skandal zu trauriger Berühmtheit gelangte amerikanische Consultant James Giffen wird in New York lediglich wegen eines Steuervergehens zu einer Strafe von 25.000 US-Dollar verurteilt.
13.8.2010	Bauarbeiter der U-Bahn in Almaty, die wegen seit Monaten nicht ausgezahlter Löhne seit Anfang August im Hungerstreik waren, erhalten erste Zahlungen.
16.8.2010	Die vier am Karachaganak-Konsortium beteiligten ausländischen Unternehmen, Eni, BG Group, Chevron und Lukoil, haben sich darauf verständigt, der kasachstanischen Regierung einen zehnpromzentigen Anteil einzuräumen.
16.8.2010	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass im September 1,8 Mio. Kinder im Alter ab sechs Jahren gegen Polio geimpft werden, nachdem sich in den Nachbarstaaten die Krankheitssituation verschärft hat.
16.8.2010	Im Gebiet Almaty beginnt eine gemeinsame Peacekeeping-Übung kasachstanischer, US-amerikanischer und britischer Einheiten.
17.8.2010	Der Chef der Oppositionspartei Adilet, Maksut Narikbajew, fordert eine grundlegende Reform der Sicherheitsorgane und des Justizsystems.
18.8.2010	Justizminister Raschid Tusupbekow erbittet von der Regierung 18 Mrd. Tenge (120 Mio. US-Dollar) aus dem Staatshaushalt zur Reform der Gesetzgebung für die Sicherheitsorgane in den kommenden Jahren.
19.8.2010	Das Internationale Rote Kreuz plant bis zum Ende des Jahres erstmals ein Regionalbüro für Kasachstan in Astana zu eröffnen.
20.8.2010	Präsident Nasarbajew reist zum inoffiziellen Gipfeltreffen der CSTO nach Jerewan.
20.8.2010	Beim Folkfestival im französischen Port-sur-Saon gewinnt das kasachische Duo Bisara Makenowa und Maira Jesmukanowa den großen Preis der Jury.
23.8.2010	Nurtai Abykajew wird zum neuen Vorsitzenden des Komitees für nationale Sicherheit ernannt.
24.8.2010	In Duschanbe treffen die Außenminister Kasachstans, Kamat Saudabajew, und Tadschikistans, Hamrochon Zarifi, zu Gesprächen zusammen.
24.8.2010	Nach Angaben des Innenministeriums wurden seit Beginn des Jahres 12.000 Ausländer aufgrund von Vergehen gegen das Zuwanderungsrecht aus dem Land ausgewiesen.
24.8.2010	Der russische Konzern Lukoil und die kasachstanische PetroKazakhstan unterzeichnen ein Abkommen über die Entschädigung von Lukoil in Höhe von 438 Mio. US-Dollar bei Ausstieg aus dem Kazakh Turgai Konsortium.
25.8.2010	Der im vergangenen Jahr zu vier Jahren Haft verurteilte Menschenrechtler Jewgenij Schowtis wird mit dem internationalen Menschenrechtspreis des norwegischen Helsinki-Komitees ausgezeichnet, meldet Ferghana.ru.
26.8.2010	Präsident Nasarbajew empfängt Innenminister Serik Baigamambetow und dessen russischen und belarussischen Amtskollegen zu Gesprächen über Kampf gegen Kriminalität in der Zollunion.
26.8.2010	Präsident Nasarbajew ruft die Weltgemeinschaft anlässlich des Tages zur Abschaffung von Atomtests zur Unterzeichnung einer Deklaration zur atomwaffenfreien Welt auf.
26.8.2010	Der Fonds SamrukKasyna hat bei einem kasachstanischen Gericht eine Klage gegen die BTA Bank und einige seiner Gläubiger zur Rückzahlung von Schulden in Höhe von 300 Mio. US-Dollar eingereicht, meldet Silkroadintelligencer.
27.8.2010	Kasachstan plant angesichts des russischen Exportverbots für Weizen eine Ausweitung seiner Weizenlieferungen, erklärt der Chef der Holding KazAgro, Asylschan Mamytbekow.
27.8.2010	Die BTA Bank hat nach eigenen Angaben mit der Rückzahlung ihrer Schulden im Rahmen des Restrukturierungsplans begonnen, meldet KazTAG.

31.8.2010	Der Exportzoll auf Erdöl wird bereits im Jahr 2011 um das Zweifache auf 40 US-Dollar je Tonne angehoben, erklärt Finanzminister Schamischew.
1.9.2010	Präsident Nasarbajew zeigt sich bei einem Treffen mit Premierminister Massimow und Nationalbankchef Martschenko zufrieden mit den Erfolgen bei der Stabilisierung des Bankensystems.
2.9.2010	Premierminister Massimow empfängt eine chinesische Regierungsdelegation zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
2.9.2010	Die älteste Tochter Präsident Nasarbajews, Dariga Nasarbajewa, ist offiziell nicht mehr Eigentümerin der Nachrichtenagentur Kazakhstan Today, meldet die Zeitung Wremja.
3.9.2010	Kasachstan und Usbekistan treten laut Beschluss der Präsidenten beider Staaten gemeinsam zum Schutz der bedrohten Saiga-Antilope ein, meldet KazTAG.
4.9.2010	Die kasachstanische Fußballnationalmannschaft verliert in Astana in der Qualifikation zur Europameisterschaft 2012 das Hinspiel gegen die Türkei mit 3:0.
6.9.2010	Kasachstan ist bereit, Vorschläge zur Gründung von kasachstanisch-russischen Joint Ventures zu prüfen, um den Zugang zu den Märkten Asiens zu verbessern, kündigt Industrieminister Aset Isekeschew an.
7.9.2010	Während des 7. Forums zur interregionalen Zusammenarbeit in Ust-Kamenogorsk, Gebiet Ostkasachstan, treffen die Präsidenten Kasachstans und Russlands, Nasarbajew und Medwedjew, zu Gesprächen zusammen. Zugleich werden eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, u. a. über die gemeinsame Nutzung von Grenzflüssen.
7.9.2010	Die amerikanische Regierung stellt Kasachstan 425.000 US-Dollar für den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel zur Verfügung.
7.9.2010	In Kiew finden kasachstanisch-ukrainische Regierungskonsultationen unter Leitung der Vize-Premierminister beider Staaten, Umursak Schukejew und Andrej Kljuchew, statt.
8.9.2010	Kasachstan verliert auch sein zweites Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft gegen Österreich in Salzburg mit 0:2.
8.9.2010	Die Regierung weist weitere 32 Mrd. Tenge (ca. 213,6 Mio. US-Dollar) aus dem Haushalt zur Fertigstellung der Objekte für die Asiatischen Winterspiele 2011 in Almaty und Astana an.
8.9.2010	Das Justizministerium verweigert erneut die Umregistrierung der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei »Asat«, meldet KazTAG.
8.9.2010	Bei Waldbränden im Gebiet Pawlodar an der Grenze zu Russland kommen mindestens sechs Menschen ums Leben.
9.9.2010	Im Gebiet West-Kasachstan wird ein kasachstanischer Ingenieur der Karachaganak Petroleum Operating mit Schussverletzungen tot aufgefunden.
10.9.2010	Kasachstan tritt dem Internationalen Protokoll über geistiges Eigentum der WIPO bei.
11.9.2010	Tengizchevroil wird zur Zahlung von mehr als 1 Mrd. Tenge (ca. 6,7 Mio. US-Dollar) wegen Umweltvergehen im Gebiet Atyrau verurteilt.
12.9.2010	Hohe staatliche Würdenträger nehmen in Almaty Abschied von Wladimir Ni, einem langjährigen Mitglied des Schattenkabinetts Präsident Nasarbajews, der am 9.9. im Alter von 78 Jahren gestorben war.
13.9.2010	Im Gebiet Schambyl beginnen groß angelegte Militärmanöver der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO).
13.9.2010	Menschenrechtler sprechen sich auf einer Pressekonferenz für die Einrichtung eines Zentrums der Rechte von Häftlingen aus.
13.9.2010	Finanzminister Bolat Schamischew teilt mit, dass die Regierung beschlossen habe, die Zahl der Beamten 2011 um 15 %, das sind mehr als 15.000 Stellen, zu kürzen.
13.9.2010	Einem vorab veröffentlichten Haushaltsentwurf für 2011 zufolge plant Kasachstan im kommenden Jahr den Export von 81 Mio. t Erdöl.
13.9.2010	Ferghana.ru meldet, dass Kasachstan in der Vorwoche einen kirgisischen Staatsbürger an Usbekistan ausgeliefert hat.
14.9.2010	Präsident Nasarbajew trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in der Ukraine ein, u. a. ist die Erhöhung des Transits von kasachstanischem Öl über ukrainisches Territorium Gesprächsthema.
14.9.2010	Landwirtschaftsminister Kurischbajew schlägt US-amerikanischen Investoren die Gründung von Joint Ventures im Agrarsektor vor.

15.9.2010	Die Kondensatoren mit hochgiftigen Substanzen aus dem Militärgelände Darjal-U am Balchasch-See werden noch bis zum kommenden Sommer zur Aufarbeitung nach Deutschland transportiert, erklärt die stellvertretende Umweltministerin Eldana Sadwakasowa.
15.9.2010	Im Gebiet Nord-Kasachstan werden bei einer Verkehrskontrolle in einem Lieferwagen mehr als 500 kg Marihuana und Haschisch gefunden.
15.9.2010	Die Angehörigen der von der Ausweisung nach Usbekistan bedrohten Häftlinge wenden sich an internationale Organisationen um Hilfe.
16.9.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet ein neues Verfahren gegen den Ex-Chef der bankrotten Waljut-Transit Bank, Aitbaky Beljalow, wegen Finanzvergehen ein.
16.9.2010	Präsident Nasarbajew trifft am Rande des Gipfels der turksprachigen Staaten in Istanbul mit seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül zusammen.
16.9.2010	Präsidentenberater Jermuchamet Jertisbajew kündigt in einem in der Zeitung Swoboda Slowa publizierten Interview an, dass Präsident Nasarbajew beabsichtige, 2012 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren.
17.9.2010	Der jordanische Premierminister Samir Rifai trifft im Rahmen seines zweitägigen Besuches mit seinem Amtskollegen Massimow zusammen.
17.9.2010	Kasachstan und die UN einigen sich über eine Visa-Befreiung für Mitarbeiter der Organisation, meldet KazTAG.

Kirgistan

26.7.2010	Der Minister für ökonomische Regulierung, Emil Umetalijew, fordert die Abschaffung der Visapflicht für Bürger wirtschaftlich entwickelter Staaten, um Tourismus und Außenhandel zu fördern.
26.7.2010	In Bischkek und Osch finden kleinere Demonstrationen gegen die Entsendung einer OSZE-Polizeimission statt.
26.7.2010	Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU begrüßt die erfolgreiche Durchführung des Verfassungsreferendums und fordert, die Empfehlungen von ODIHR zu implementieren.
27.7.2010	Präsidentin Rosa Otunbajewa trifft die stellvertretende Hohe Kommissarin für Menschenrechte der UN, Kyungwha Kang, zu Gesprächen über die Lage im Süden der Republik. Die UN-Vertreterin trifft danach in Osch auch mit Bürgern usbekischer Nationalität zusammen.
27.7.2010	Bei der Vorstellung der Ergebnisse einer vorläufigen Untersuchung der Vorgänge im Süden nennt Ombudsmann Tursunbek Akun eine ganze Reihe von Gründen für das Ausbrechen des Konfliktes (Nichtaufarbeitung der Zusammenstöße von 1990, sozio-ökonomische Ungleichheit, Einmischung von Drogenbaronen), wiederholt jedoch auch die These, dass die Unruhen von Usbeken ausgelöst worden seien.
27.7.2010	Nur fünf Tage nach seiner Ernennung bittet der Direktor der staatlichen Agentur für Umweltschutz und Forsten, Mirslaw Amankulow, um seine Entlassung.
27.7.2010	Präsidentin Otunbajewa teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass Kirgistan zum Jahresende ein Haushaltsdefizit von 619 Mio. US-Dollar haben werde.
27.7.2010	An der Grenze zu Tadschikistan in der Nähe des Grenzpostens Kok-Tasch, Gebiet Batken, geraten die Bewohner des kirgisischen Dorfes Minbulak und des tadschikischen Surch wegen Landstreitigkeiten an der nicht delimitierten Grenze aneinander.
28.7.2010	Der 1. stellvertretende Premierminister, Amangeldy Muralijew, nennt die Aussöhnung von Kirgisen und Usbeken im Süden als die wichtigste anstehende Aufgabe der Regierung.
28.7.2010	Innenminister Kubatbek Bajbolow äußert sich auf einer Pressekonferenz positiv über die bevorstehende Entsendung einer OSZE-Polizeimission.
28.7.2010	Auf einer Geberkonferenz in Bischkek sagen Vertreter von 14 Staaten und 15 internationalen Organisationen Hilfe in Höhe von 1,1 Mrd. US-Dollar zu.
29.7.2010	Außenminister Ruslan Kasakbajew führt mit einer Delegation der Organisation der Islamischen Konferenz unter Leitung ihres stellvertretenden Generalsekretärs, Atta Manane Bakhit, Gespräche über Aufbauhilfe. Die Delegation trifft danach auch Präsidentin Otunbajewa und besucht den Süden.
29.7.2010	Nach russischen Angaben werden russische Fallschirmspringer bis zu den Parlamentswahlen im Land stationiert bleiben.
29.7.2010	Vertreter der Versammlung der Völker Kirgistans begrüßen die Entsendung einer OSZE-Polizeimission, der ehemalige Premierminister Feliks Kulow spricht sich dagegen aus. In Bischkek, Osch und mehreren anderen Städten finden Demonstrationen gegen die Entsendung statt.

29.7.2010	Das kirgisische Fernsehen bringt an prominenter Stelle Äußerungen des kirgisischen Botschafters in Malaysia und früheren prominenten Politikers Tursunbaj Bakir uulu, der die öffentliche Hinrichtung von Anstiftern der Juni-Unruhen fordert.
30.7.2010	Während Präsidentin Otunbajewa bei einem Treffen mit Jugendlichen in Osch die Notwendigkeit des Einsatzes der OSZE-Polizeimission erklärt, beschließt der Stadtrat von Osch, die Tätigkeit der Mission in der Stadt nicht zuzulassen.
30.7.2010	Der noch vom ehemaligen Präsidenten Bakijew eingesetzte Bürgermeister von Osch, Melis Myrsakmatow, der dem Vernehmen nach an den Gewalttätigkeiten im Juni beteiligt gewesen sein soll, erklärt, dass er eine Absetzung durch die Regierung nicht akzeptieren und die Bevölkerung zu Hilfe rufen werde.
2.8.2010	In einem Dorf im Gebiet Batken findet eine Massenschlägerei zwischen 200 bis 300 teilweise betrunkenen Jugendlichen kirgisischer, usbekischer und tadschikischer Nationalität statt.
2.8.2010	Ischak Masalijew erklärt seinen Rücktritt vom Vorsitz der Kommunistischen Partei. Ein gegen ihn laufendes Strafverfahren hindert ihn daran, aktiv am Wahlkampf für die Parlamentswahl teilzunehmen.
2.8.2010	Der Gouverneur von Batken, Sultanbaj Ajdschigitow, beklagt, dass Usbekistan mit der Zahlung von Pacht in Höhe von 665 Mio. Som (14,2 Mio. US-Dollar) für im Gebiet Batken gepachtetes Land, auf dem Erdöl gefördert wird, im Rückstand sei.
2.8.2010	Die Getreideernte wird in diesem Jahr mit ca. 871.000 t um ca. 155.000 t geringer als 2009 ausfallen. Da es witterungsbedingt auch in Russland zu großen Ernteausfällen kommen wird, hält man im Landwirtschaftsministerium die Versorgung für nicht gesichert.
2.8.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft widerspricht Berichten, nach denen 132 Polizeioffiziere an den Gewalttätigkeiten im Juni beteiligt gewesen sein sollen.
3.8.2010	Der Gouverneur von Batken lädt die Bewohner der von usbekischem Staatsgebiet umgebenen Enklave Barak zur Umsiedlung nach Kirgistan ein und stellt ihnen Land im Bezirk Kara Su (Gebiet Osch) in Aussicht.
3.8.2010	In der Stadt Dschalalabad finden groß angelegte Polizeioperationen zur Festnahme von Usbeken statt, denen die Anstiftung der Juni-Unruhen zur Last gelegt wird.
3.8.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Truppen des Innenministeriums verdoppelt werden sollen.
4.8.2010	Die kanadische Centerra Gold Inc., die Gold in Kumtor fördert, konnte ihre Quartalsziele für das 2. Quartal 2010 übertreffen, sieht aber in den Parlamentswahlen ein Sicherheitsrisiko für den weiteren Geschäftserfolg.
5.8.2010	In Bischkek findet eine Demonstration von mehr als tausend Anhängern der Partei Meken Tuu des Unternehmers Urmat Baryktabasow statt. Mehrere bewaffnete Demonstranten, darunter auch Baryktabasow selbst, werden festgenommen.
5.8.2010	Der Pressedienst des Gesundheitsministeriums äußert sich betroffen über einen kritischen Bericht von Ärzten ohne Grenzen. Alle Mitarbeiter des Gesundheitswesens hätten im Juni unter Einsatz ihres Lebens und ohne Beachtung der ethnischen Zugehörigkeit der Verletzten gearbeitet.
6.8.2010	Finanzminister Tschorobek Imaschew teilt mit, dass der Staatshaushalt für 2010 um 1,9 Mrd. Som (40,6 Mio. US-Dollar) gekürzt wurde. Das Budgetdefizit liege bei 13,3 % des BIP.
6.8.2010	Der Chef der IMF-Mission in Kirgistan, Nadeem Ilahi, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Institution bis September 34 Mio. US-Dollar für Kirgistan bereitstellen wird.
6.8.2010	UNDP Kirgistan stellt 5 Mio. US-Dollar für die Behebung von Umweltproblemen zur Verfügung.
7.8.2010	Eine Gruppe usbekischer Frauen aus dem Süden Kirgistans appelliert an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew, ihre Emigration aus Kirgistan zu unterstützen.
10.8.2010	Die Parlamentswahlen werden endgültig auf den 10. Oktober festgesetzt.
10.8.2010	Der frühere Premierminister (2007–2009) und Chef des Entwicklungsfonds (bis April 2010) Igor Tschudinow wird festgenommen.
11.8.2010	Vertreter von 26 politischen Parteien unterzeichnen in Bischkek einen mit Unterstützung der OSZE verfassten Verhaltenskodex für die Parlamentswahlen.
11.8.2010	Der stellvertretende Premierminister Asimbek Beknasarow äußert auf einer Pressekonferenz in Bischkek Zweifel an der Unparteilichkeit der OSZE-Polizeimission.

11.8.2010	Präsidentin Otunbajewa erklärt auf einer geschlossenen Sitzung des nationalen Sicherheitsrates, dass die Situation im Land sich noch verschlimmern könne, wenn es nicht gelingt die Korruption in den Griff zu bekommen.
11.8.2010	Der Chefredakteur der usbekischsprachigen Zeitung Dijdor, Ulugbek Abdusalamow, wird u. a. wegen Anstachelung zu Feindschaft zwischen den Nationalitäten angeklagt.
12.8.2010	Nach Angaben von Energieminister Osmonbek Artykbajew hat Usbekistan das kirgisische Angebot 900 Mio. kWh Strom aus Kirgistan zu importieren, abgelehnt. Der Preis für den Export nach Kasachstan muss wegen geringer Nachfrage um 0,3 Eurocent pro kWh reduziert werden.
12.8.2010	Kirgisische Reisebüros teilen mit, dass wegen der geringen Nachfrage die Preise für Urlaubsaufenthalte am Issyk-Kul in diesem Jahr um z. T. weit mehr als 50 % gesunken sind.
12.8.2010	Der Schweizer Diplomat Markus Müller wird zum Chef der OSZE-Polizeimission für Kirgistan ernannt.
13.8.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Immunität des früheren Präsidenten Askar Akajew aufgehoben und der Status als früherer Präsident offiziell aberkannt wird. Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen gegen ihn auf.
13.8.2010	Präsidentin Otunbajewa entlässt den seit dem 8. April im Amt befindlichen Kommandeur der Truppen des Innenministeriums, Abylmajin Schadybekow.
13.8.2010	Aigul Ryskulowa, Ministerin für Arbeit und Migration, erklärt auf einer Pressekonferenz in Osch, dass mehr als 1.200 ausländische Wirtschaftsvertreter während des Pogrome im Juni den Süden verlassen hätten.
13.8.2010	Gaspromneft hat die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten nach Kirgistan eingestellt und führt Verhandlungen mit Rosneft, um das Geschäftsrisiko zu teilen.
13.8.2010	BBC meldet, dass die Generalstaatsanwaltschaft die im Juli von der UN-Kommissarin für Menschenrechte erhobenen Vorwürfe der gezielten Verhaftung und Folterung von Personen usbekischer Nationalität dementiert.
16.8.2010	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stellt ihren 90-seitigen Untersuchungsbericht »Where is the Justice? Interethnic Clashes in Southern Kyrgyzstan in June 2010« vor.
16.8.2010	Der bekannte Zentralasienspezialist Aleksandr Knjasew erklärt seinen Rückzug aus der nationalen Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom Juni 2010. Er beklagt den immer stärkeren Nationalismus in der Politik und warnt davor, dass Kirgistan ein zweites Palästina werden könne.
16.8.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft macht erstmals öffentlich Angaben zur Nationalität der Opfer der Juni-Unruhen. Demnach sind 368 Menschen umgekommen, davon 93 Kirgisen, 204 Usbeken, 1 Person anderer Nationalität, bei 59 ist die Nationalität noch unbekannt. Verhaftet wurden bislang insgesamt 243 Menschen, davon 29 Kirgisen, 213 Usbeken.
17.8.2010	Die Regierung verabschiedet einen umfassenden Anti-Krisen-Plan zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage.
18.8.2010	Innenminister Bajbolow trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Raschid Nurgalijew zusammen.
18.8.2010	In Bischkek demonstrieren mehr als 300 Händler des Osch-Basars vor dem Parlament für die Wiederherstellung ihrer Arbeitsplätze.
22.8.2010	Während eines informellen zweitägigen Treffens der Staatschef der CSTO-Staaten in der armenischen Hauptstadt Jerewan wird der kirgisischen Regierung Unterstützung im Sicherheitsbereich zugesagt.
20.8.2010	Im Osch versammeln sich mehrere tausend Menschen zur Unterstützung des Bürgermeisters der Stadt, Melis Myrsakmatow, nachdem gerüchteweise verlautet war, dass er in Bischkek seines Amtes enthoben werden solle.
20.8.2010	In Bischkek protestieren ca. 50 Angehörige von im Zusammenhang mit der Baryktabasow-Demonstration am 5.8. Festgenommenen gegen die Folter ihrer Familienmitglieder und für ihre Freilassung.
20.8.2010	In Bischkek findet eine Demonstration gegen den HRW-Report über die Juni-Ereignisse statt. Ein Redner bezeichnet ihn als Beleidigung des kirgisischen Volkes.
23.8.2010	Kasachstan öffnet zwei weitere Straßenübergänge nach Kirgistan. Damit sind wieder sechs von zwölf Grenzübergängen offen.
23.8.2010	Nach Angaben aus dem Innenministerium ist die Kriminalitätsrate in der Stadt Osch seit den Juni-Unruhen um das Fünffache gestiegen, Hauptdelikt ist illegaler Waffenbesitz.
23.8.2010	Präsidentin Otunbajewa ernennt Marat Imankulow zum neuen Sekretär des Sicherheitsrates, nachdem der bisherige Amtsinhaber Alik Orosow drei Tage zuvor zurückgetreten war.

23.8.2010	Zu Beginn eines speziellen Ausbildungsprogramms für Psychotherapeuten und Psychiater erklärt Oskon Moldokulow, Chef des WHO-Büros in Kirgistan, dass im Süden des Landes mehr als 100.000 Menschen psychologischer Hilfe bedürfen würden.
24.8.2010	HRW und mehrere kirgisische NGOs protestieren gegen die Tätigkeit des Ombudsmanns für Menschenrechte, Tursunbek Akun, der nicht unparteiisch und unpolitisch sei und ganze Volksgruppen beschuldige.
25.8.2010	Mehr als 100 Anhänger des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Kirgistans, Masalijew, versammeln sich in der Nähe des Parlamentsgebäudes und fordern die Revision seiner Verurteilung und eine Aufhebung seines Hausarrests.
25.8.2010	Markus Müller, der neu ernannte Chef der OSZE-Polizeimission trifft bei einem zweitägigen Besuch mit Präsidentin Otunbajewa und weiteren hochrangigen Regierungsvertretern sowie Vertretern von NGOs zusammen.
25.8.2010	Außenminister Kasakbajew trifft in Beijing mit seinem chinesischen Amtskollegen Yang Jiechi zusammen.
27.8.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft beantragt zum zweiten Mal von Weißrussland die Auslieferung von Ex-Präsident Bakijew.
27.8.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Gesetz über die Unterstützung von Opfern der Juni-Unruhen. Familien von Todesopfern sollen 20.000 Som (427 US-Dollar) bekommen.
27.8.2010	Die Finanzpolizei beschuldigt die Leitung der Usbekischen Universität in Osch der Steuerhinterziehung.
30.8.2010	Präsidentin Otunbajewa erklärt, dass Kirgistan bereit sei, einer internationalen Begutachtung des Baus des Kambar-Ata-1-Wasserkraftwerkes zuzustimmen, wenn Usbekistan dies wünsche.
31.8.2010	Zwei Offiziere der Grenztruppen werden auf neutralem Boden von usbekischen Kollegen festgenommen, weil sie illegal die Grenze überschritten hatten, um an Gesprächen über die Öffnung der Transitsstraße in die Enklaven Sokh und Schachimardan teilzunehmen.
1.9.2010	Die Zentrale Wahlkommission hat 29 Parteien für die Parlamentswahl zugelassen.
1.9.2010	Präsidentin Otunbajewa verteilt per Dekret die Kompetenzen von Premier und Vizepremierministern.
1.9.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft schließt ihre Untersuchungen gegen den Vorsitzenden des usbekischen Kulturzentrums in Dschalalabad, Kadyrschan Batyrow, und seinen Stellvertreter, Ulugbek Abdusalomow, mit dem Ergebnis ab, dass beide seit Mitte April ihre Landsleute nationalistisch aufgestachelt hätten. Batyrow wird international gesucht.
2.9.2010	Russland fordert alle OSZE-Staaten auf, keinen Druck auf die kirgisische Regierung auszuüben.
2.9.2010	Der russische Premierminister Putin informiert den Führer der Sozialdemokratischen Partei, Almasbek Atambajew, bei einem Treffen in Moskau über einen neuen Regierungsbeschluss, Kirgistan 10 Mio. US-Dollar als Hilfe zur Verfügung zu stellen.
2.9.2010	In Basar-Kurgan, Gebiet Dschalalabad, beginnt der Prozess gegen den Vorsitzenden der usbekischen Menschenrechtsorganisation Woruch, Asimschan Askarow. Ihm wird die Ermordung eines Polizisten während der Juni-Unruhen zur Last gelegt.
3.9.2010	Im Bezirk Kara-Suu, Gebiet Osch, wird das erste Urteil im Zusammenhang mit den Juni-Unruhen gesprochen. Ein ethnischer Usbeke muss wegen Mordes an einem Kirgisen für 23 Jahre ins Gefängnis.
6.9.2010	Mit Dekret von Präsidentin Otunbajewa wird eine Sonderkommission zur Evaluation der finanziellen Verluste während der Akajew- und Bakijew-Ära gebildet.
6.9.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret über eine Amnestie für Wirtschaftsvergehen in den letzten beiden Jahren, wenn die Schuldigen den Schaden für den Staat kompensieren.
6.9.2010	Amnesty International fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung des Menschenrechtlers Askarow.
6.9.2010	Der frühere Bürgermeister von Bischkek, Nariman Tulejew, wird bei seiner Einreise auf dem Flughafen der Stadt vorübergehend zu Befragungen verhaftet und erst nach einigen Stunden gehen gelassen.
7.9.2010	OSZE/ODIHR beginnen ihre offizielle Wahlbeobachtungsmission.
7.9.2010	Präsidentin Otunbajewa schließt nicht aus, dass bei einer Gefährdung von Integrität und Einheit des Staates der Ausnahmezustand im ganzen Land verhängt und die Parlamentswahlen verschoben werden.
7.9.2010	Vizepremier Beknasarow wird mit Vergiftungssymptomen ins Krankenhaus eingeliefert.
7.9.2010	Präsidentin Otunbajewa erörtert mit dem kasachstanischen Außenminister und amtierenden OSZE-Vorsitzenden, Kanat Saudabajew, das von Präsident Nasarbajew vorgeschlagene Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Situation vor den Parlamentswahlen.

8.9.2010	Innenminister Bajbolow schließt neue ethnische Unruhen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wahlkampf nicht aus, glaubt aber, dass die Sicherheitskräfte die Situation im Griff behalten können.
8.9.2010	Präsidentin Otunbajewa informiert den OSZE-Kommissar für Nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, über die Situation im Süden des Landes und Maßnahmen zu seiner Befriedung.
8.9.2010	Ein Gericht in Bischkek hebt den Haftbefehl gegen den früheren Bürgermeister von Bischkek, Tulejew, auf.
9.9.2010	Vertreter einer Jugendorganisation (Ak Kyzmat) haben in Osch 35.000 Unterschriften gegen den Einsatz einer OSZE-Polizeimission gesammelt.
9.9.2010	Ein Unbekannter wirft eine selbstgebastelte Bombe in die Synagoge von Bischkek. Personen kommen nicht zu Schaden.
9.9.2010	Bei einem Regierungstreffen wird bekannt, dass Kirgistan Usbekistan 1,7 Mio. US-Dollar für Gaslieferungen schuldet. Ein Vertreter der staatlichen Gasgesellschaft erklärt, dass sein Unternehmen diese Summe nicht aufbringen könne.
9.9.2010	Die japanische Regierung stellt knapp 7 Mio. US-Dollar für den Wiederaufbau im Süden zur Verfügung.
10.9.2010	Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen beginnt offiziell.
12.9.2010	Präsidentin Otunbajewa besetzt die höchsten Ämter im Justizbereich neu. U. a. wird der bisherige Innenminister Bajbolow zum neuen Generalstaatsanwalt, neuer Innenminister wird Sarylbek Rysalijew.
13.9.2010	Der stellvertretende Premier Beknasarow erklärt aus dem Krankenhaus, dass er bzgl. der Umbesetzungen nicht gefragt wurde und sie auch kategorisch ablehne.
13.9.2010	Im Süden des Landes verbreiten sich immer mehr Gerüchte über bevorstehende neue Unruhen.
14.9.2010	Schanybek Karibschanow, der Sonderbotschafter des amtierenden OSZE-Vorsitzenden, Pierre Morel, der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien und Miroslav Jenca, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Leiter des UN Regional Center for Preventive Diplomacy for Central Asia, erklären in einer gemeinsamen Stellungnahme zur Situation in Kirgistan ihre Unterstützung für Sicherheit und Stabilität im Land und betonen die große Bedeutung der Wahlen.
14.9.2010	Nach Angaben des Polizeichefs von Osch ist eine Verschärfung der Situation in der Stadt seit Beginn des Wahlkampfes zu verzeichnen.
14.9.2010	Präsidentin Otunbajewa ernennt Tolendy Makejew zum neuen Botschafter Kirgistans in Deutschland.
15.9.2010	Der Menschenrechtler Askarow wird zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, von den sechs weiteren Angeklagten erhielten vier ebenfalls lebenslänglich, die anderen beiden 20, bzw. 25 Jahre.
15.9.2010	Der Vorstand des IMF billigt die sofortige Auszahlung von ca. 33,7 Mio. US-Dollar für die Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Juni-Unruhen.
16.9.2010	Verteidigungsminister Abibilla Kadajberdijew erklärt, dass Kirgistan eine Erhöhung der russischen Pacht für die russischen Militärbasen im Land um das Drei- bis Vierfache anstrebt. Der russische Verteidigungsminister erklärt auf Nachfrage seine Bereitschaft zu Verhandlungen.
16.9.2010	CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha erklärt vor Journalisten in Moskau, dass seine Organisation im Juni eine Gruppe von Spezialisten für die Bekämpfung von Unruhen im Süden Kirgistans zusammengestellt hatte, sie aber wegen Bedenken der kirgisischen Seite nicht entsendet habe. Dies könne aber nach wie vor jederzeit geschehen.
16.9.2010	Am Rande des Gipfels der Präsidenten der turksprachigen Staaten in Istanbul trifft Präsidentin Otunbajewa mit ihren türkischen, aserbaidischen und kasachstanischen Amtskollegen zu bilateralen Gesprächen zusammen.
16.9.2010	Energieminister Osmonbek Artykbajew verspricht vor Journalisten, dass die Strompreise im bevorstehenden Winter nicht erhöht würden.
16.9.2010	HRW, AI und der kirgisische Ombudsmann für Menschenrechte, Tursunbek Akun, kritisieren die Verurteilung des Menschenrechtlers Askarow und verlangen seine Freilassung.

Tadschikistan

24.7.2010	Nach Angaben der zuständigen Staatsagentur sind z. Zt. 48.000 Personen in Tadschikistan offiziell arbeitslos gemeldet, 53 % davon Frauen.
24.7.2010	Die tadschikische Regierung und die Eurasian Development Bank unterzeichnen ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 70 Mio. US-Dollar aus dem Anti-Krisen-Fonds der Eurasian Economic Community Organization.
26.7.2010	Der Chef der Nationalbank beklagt auf einer Pressekonferenz, dass die verschleppte Abfertigung von Fracht an der tadschikisch-usbekischen Grenze den Außenhandel stark behindere und zu Einbußen im Staatsbudget führen werde.
26.7.2010	Gegen den ehemaligen stellvertretenden Premierminister Abdurahim Rasulow wird von der Agentur für Finanzkontrolle und Kampf gegen Korruption Anklage wegen Unterschlagung und Fälschung erhoben.
27.7.2010	Der Chef der Nationalbank warnt vor einem verstärkten Umlauf gefälschter Somoni-Scheine, die aus Afghanistan stammen sollen.
29.7.2010	Außenminister Hamrochon Zarifi erklärt auf einer Pressekonferenz, dass es im Gegensatz zu Kirgistan in Tadschikistan keinen Grund für ethnische Auseinandersetzungen gäbe.
30.7.2010	Der Generaldirektor der Sangtuda-1-Wasserkraftwerk AG teilt vor Journalisten mit, dass seiner Gesellschaft ein Schaden von ca. 20 Mio. US-Dollar entstanden sei, weil sie in diesem Sommer wg. der usbekischen Blockade nicht wie geplant Strom nach Kasachstan exportieren konnte.
30.7.2010	Nach Angaben der Agentur für Statistik haben die Lohnrückstände für 2009 und 2010 bis Ende Mai 22 Mio. Somoni (ca. 5 Mio. US-Dollar) erreicht.
30.7.2010	Ein Gericht in Chudschand verbietet die NGO Dasti Madad (Helfende Hand), die sich um heimatlose Kinder gekümmert hatte, wegen Missionierung für den christlichen Glauben.
30.7.2010	Die Regierung verabschiedet ein auf Initiative von Präsident Emomali Rachmon geschaffenes Gesetz, mit dem das Rauchen bzw. der Tabakverkauf stark eingeschränkt werden.
2.8.2010	Nach Angaben der staatlichen Agentur für Finanzkontrolle und Korruptionsbekämpfung war in der ersten Jahreshälfte der Bildungsbereich am stärksten von Korruption betroffen, an zweiter Stelle steht die Polizei.
2.8.2010	Die UNESCO nimmt die Überreste der aus dem 2.–4. Jahrtausend v.Chr. stammenden Siedlung Sarasm in der Nähe von Pendschikent in die Weltkulturerbe-Liste auf.
3.8.2010	Die Agentur für Statistik kündigt für die Zeit vom 21.–30.9.2010 eine Volkszählung an.
4.8.2010	In Moskau wird ein tadschikischer Staatsbürger erstochen aufgefunden.
5.8.2010	In Teheran endet ein iranisch-afghanisch-tadschikischer Gipfel. Die Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, Hamid Karzai und Rachmon besprechen u. a. den Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen ihren Staaten.
5.8.2010	Nach Angaben der Deutschen Welle wurden in Tadschikistan seit Jahresbeginn 364 neue Moscheen errichtet. Experten werten dies als Zeichen einer fortschreitenden Islamisierung.
7.8.2010	Die usbekische Botschaft in Duschanbe beschuldigt sowohl das offizielle Tadschikistan wie auch seine Medien, im Zusammenhang mit den Problemen bei der Abfertigung der Frachtwaggons unbegründete Beschuldigungen gegen Usbekistan zu erheben.
7.8.2010	Zwischen der tadschikischen Regierung und der norwegischen Organisation Norwegian People's Aid wird feierlich ein Abkommen über die Beseitigung von Landminen unterzeichnet.
9.8.2010	Präsident Rachmon kritisiert Unternehmen, die die Lebensmittelpreise während des Ramadan anheben.
9.8.2010	Die oppositionelle Wochenzeitung Neru-i Suhan wird wieder registriert. Sie soll ab September wieder erscheinen.
10.8.2010	Russische Nachrichtenagenturen melden, dass die USA in Karatag, 45 km westlich von Duschanbe, ein Ausbildungszentrum für tadschikisches Militär errichten würden.
10.8.2010	Die US-Regierung beginnt ein neues Programm gegen Menschenhandel in Tadschikistan.
10.8.2010	Im Gebiet Sogd wird ein der Mitgliedschaft bei Hizb-ut Tahrir Verdächtiger zu 14 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
11.8.2010	Nach Auskunft von Tojiktransgas hat Usbekistan seine Gaslieferungen um 50 % gekürzt, Hintergrund sind tadschikische Schulden.

11.8.2010	Die Inbetriebnahme der tadschikisch-afghanischen Stromleitung wird auf die 2. Hälfte 2011 verschoben, verlautet aus der Niederlassung der ADB in Duschanbe. Zwar werde der tadschikische Teil Ende 2010 fertig gestellt sein, die afghanische Seite könne wegen der instabilen Lage ihren Termin aber nicht einhalten.
12.8.2010	Der Pressesprecher des WHO-Repräsentanten in Tadschikistan teilt mit, dass die Polio-Epidemie nicht beendet ist, im Juni wurden noch acht neue Fälle registriert. Insgesamt gab es bisher 452 bestätigte Erkrankungen.
13.8.2010	Nach Auskunft der staatlichen Eisenbahngesellschaft hat Usbekistan die Transitgebühren für Waggons nach Tadschikistan um 10 % angehoben.
17.8.2010	Schwere Regenfälle und Überflutungen machen die einzige direkte Straßenverbindung zwischen Tadschikistan und China im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan unpassierbar.
18.8.2010	Präsident Rachmon trifft in Sotschi bei einem regionalen Gipfeltreffen mit seinen Amtskollegen aus Russland, Afghanistan und Pakistan zusammen. Im gemeinsamen Abschlusskommunique der vier Staatschefs wird der Kabulprozess begrüßt und Zusammenarbeit im Bereich Terrorismus- und Drogenbekämpfung angekündigt.
19.8.2010	In Duschanbe und anderen Städten werden fünf spezielle Polizeistationen, die sich dem Kampf gegen häusliche Gewalt widmen sollen, eröffnet.
20.8.2010	Der Chef des nationalen Sicherheitsdienstes in Berg-Badachschan, General Abdullo Nasarow, erklärt gegenüber RFE/RL, dass von kirgisischer Seite geäußerte Befürchtungen über das Eindringen von Islamisten in ihr Land aus Afghanistan via Tadschikistan völlig unbegründet seien.
20.8.2010	Das Oberste Gericht verkündet die Urteile gegen eine Gruppe von 46 Anhängern des früheren Kommandierenden der Vereinigten Opposition, Mirso Ziyo, darunter auch russische Staatsbürger, zu Haftstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich.
20.8.2010	Der scheidende ADB Country Director in Tadschikistan, Makoto Ojio, kündigt auf einer Pressekonferenz an, dass seine Bank im Zeitraum 2010–2012 252 Mio. US-Dollar für das Land bereitstellt.
23.8.2010	In der Nacht gelingt 30 der drei Tage zuvor zu langen Haftstrafen verurteilten Anhänger von Mirso Ziyo die Flucht aus einem Gefängnis des Komitees für Nationale Sicherheit.
27.8.2010	In Kurgantjube, der Gebietshauptstadt von Chatlon, verbietet die Leitung des größten Basars Frauen das Tragen des Hijab.
31.8.2010	Das Ministerium für Wasser und Energie teilt mit, dass der Nurek-Stausee mit einem Wasserstand von 910,4 m seine maximale Wasserhöhe erreicht hat.
1.9.2010	Präsident Rachmon empfängt den US Assistant of State for South and Central Asian Affairs, Robert Blake, zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen und Afghanistan. Blake erklärt vor Journalisten, dass die USA keine Militärbasis in Tadschikistan planen.
1.9.2010	Der Sondergesandte des NATO-Generalsekretärs für Zentralasien und den Kaukasus, Robert Simmons, führt Gespräche mit Präsident Rachmon und Außenminister Zarifi über regionale Sicherheitsprobleme und eine verstärkte Kooperation.
2.9.2010	Präsident Rachmon entlässt den Vorsitzenden des Komitees für nationale Sicherheit, Hajriddin Abdurachimow, sowie die meisten seiner Stellvertreter, vermutlich wegen der Massenflucht am 23.8..
2.9.2010	Robert Blake trifft mit dem Führer der Partei der Islamischen Wiedergeburt, Muhiddin Kabiri, zusammen. Beide Seiten äußern ihre Zufriedenheit über die Entwicklung der amerikanisch-tadschikischen Beziehungen. Blake lobt die konstruktive Politik der PIW.
3.9.2010	Durch eine von einem Selbstmordattentäter ausgelöste Explosion im Gebäude der regionalen Abteilung der Behörden für den Kampf gegen organisierte Kriminalität in Chudschand kommen mehrere Menschen zu Tode, viele werden verletzt. Die Regierung macht die IMU für den Anschlag verantwortlich.
4.9.2010	Vertreter des Finanzministeriums und der Weltbank unterzeichnen einen 7,4 Mio. Euro-Vertrag für die Rekonstruktion von Bewässerungs- und Drainageanlagen.
6.9.2010	Präsident Rachmon ordnet per Dekret die Erhöhung der Löhne, Renten und Stipendien an.
6.9.2010	Bei einer Explosion in einem Nachtclub in Duschanbe werden fünf Menschen verletzt. Entgegen ursprünglicher Annahmen handelt es sich nicht um einen Terroranschlag.
6.9.2010	Vertreter mehrerer Parteien und NGOs beschließen bei einem Treffen in Duschanbe, eine informelle Allianz zu bilden. Die Gründungsversammlung wird für Ende des Monats erwartet.
7.9.2010	Bei einem Sondereinsatz zur Festnahme von am 23.8. geflohenen Häftlingen wird ein Offizier der Nationalgarde erschossen.

8.9.2010	RFE/RL meldet, dass Studenten und Professoren die Ausreise zu Studium und Lehre an religiösen Universitäten in Iran und Pakistan verweigert wird.
8.9.2010	Die alle zwei Wochen erscheinende unabhängige tadschikischsprachige Zeitung Pajvok kann ab sofort durch finanzielle Unterstützung der US-Botschaft wöchentlich erscheinen.
8.9.2010	Das Innenministerium dementiert Berichte, nach denen Angehörige des in Tadschikistan stationierten russischen Militärs an der Suche nach den geflohenen Gefangenen beteiligt seien. Tadschikistan sei ein unabhängiger Staat, der seine Probleme selber lösen könne.
8.9.2010	Eine bislang unbekannt Gruppe mit dem Namen Jamaat Ansarullah hat nach Angaben einer tschetschenischen Website die Verantwortung für das Bombenattentat in Chudschand am 3.9. übernommen.
8.9.2010	An der Grenze zu Afghanistan im Gebiet Pjandsch kommen ein Offizier der tadschikischen Grenztruppen und 20 Afghanen ums Leben, als eine größere Gruppe von Afghanen versucht, illegal die Grenze zu überschreiten.
10.9.2010	Das erste Fernsehprogramm meldet, dass zwei weitere geflohene Häftlinge bei einer Spezialaktion festgenommen werden konnten.
13.9.2010	Gegen mehrere Gefängniswärter der Strafanstalt, aus der am 23.8. Häftlinge geflohen waren, werden Strafverfahren eingeleitet.
14.9.2010	Die US-Botschaft in Duschanbe stiftet 22 Allradfahrzeuge für die Grenztruppen.
14.9.2010	Präsident Rachmon empfängt den neuen Chef der IMF-Mission in Tadschikistan, Todd Turner Schneider, zu Gesprächen über die Implementierung der IMF-Programme.
15.9.2010	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel stellt Pläne vor, nach denen im Zeitraum 2010–2012 4,5 Mrd. Somoni (mehr als 1 Mrd. US-Dollar) aus dem Staatbudget für den Bauprojekte verwendet werden sollen, allein die Hälfte davon für das Rogun-Wasserkraftwerk.
15.9.2010	Nahe der Grenze zu Afghanistan im Bezirk Farchor werden bei einem Mann 14 kg Heroin gefunden.
15.9.2010	Innenminister Abdurahim Kachorow, Verteidigungsminister Scherali Chajrullojew und der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Nationale Sicherheit, Mansurjon Umarow, fliegen nach Garm zu einem Treffen mit ehemaligen Befehlshabern der Vereinigten Tadschikischen Opposition (UTO).
16.9.2010	Ein Vertreter der staatlichen Eisenbahngesellschaft weist darauf hin, dass nach wie vor ca. 900 Eisenbahnwaggons mit Fracht für Tadschikistan auf der usbekischen Seite der Grenze festgehalten würden. Überdies seien Fälle von Diebstahl zu vermerken.
16.9.2010	Mit der Verhaftung eines weiteren am 23. August geflohenen Häftlings sind nun sieben der 25 Flüchtlinge wieder in Gewahrsam.

Turkmenistan

27.7.2010	Die turkmenischen Studierenden der American University of Central Asia (AUCA) in Bischkek, denen im Sommer 2009 die Ausreise untersagt wurde, erhalten die Möglichkeit, ihr Studium in Sankt Petersburg fortzusetzen, meldet Chronika Turkmenistana.
29.7.2010	Nach den Angaben der Menschenrechtsgruppe Najot mit Sitz in der usbekischen Grenzregion Choresm tritt ab dem 1.8. eine Geheimverordnung von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow in Kraft, die auf einer Schwarzen Liste vermerkten turkmenischen und ausländischen Staatsbürgern die Einreise in das Land und die Ausreise aus dem Land untersagt.
5.8.2010	Die Europäische Kommission hat ein Dokument ausgearbeitet, auf Basis dessen ein Vertrag über die Lieferung von turkmenischem Gas unter Umgehung von russischem Territorium sichergestellt werden soll, meldet die russische Zeitung Kommersant unter Berufung auf bloomberg.com.
10.8.2010	Präsident Berdymuchammedow weist die Regierung an, ein Projekt zum Export von Elektroenergie über Afghanistan nach Pakistan auszuarbeiten.
12.8.2010	Eine usbekische Menschenrechtsorganisation gibt bekannt, dass bereits am 17.7. ein usbekischer Staatsbürger beim Versuch auf seinem Motorrad einen Kanister Benzin über die Grenze nach Usbekistan zu schmuggeln, von turkmenischen Grenzsoldaten erschossen wurde.
16.8.2010	Turkmenistan erhält einen chinesischen Kredit in Höhe von 4,1 Mrd. US-Dollar zur Ausbeutung der Gasvorkommen Juschnyj Joloten.
17.8.2010	Die Organisation Amnesty International kritisiert in einem Bericht die Einschränkungen der Reisefreiheit turkmenischer Bürger durch die Sicherheitsorgane.

25.8.2010	Die 12 m hohe goldene Statue von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow auf dem Bogen der Neutralität wird demontiert.
27.8.2010	Auch bei den diesjährigen Aufnahmeprüfungen an den Universitäten gehört die Kenntnis des Werkes Ruchnama des früheren Präsidenten Nijasow zum Pflichtprogramm.
1.9.2010	Präsident Berdymuchammedow schlägt seinem pakistanischen Amtskollegen Zardari ein Treffen der beteiligten Staaten zum Bau der transafghanischen Gaspipeline im Dezember dieses Jahres vor.
4.9.2010	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt einen Begnadigungsbeschluss für 3.999 Häftlinge aus Anlass des bevorstehenden Endes des Fastenmonats Ramadan.
9.9.2010	Präsident Berdymuchammedow erörtert bei einem Telefongespräch mit den indischen Premierminister Manmohan Singh das Projekt einer transafghanischen Gaspipeline zur Verbindung beider Staaten.
15.9.2010	Auf einer Sitzung ranghoher Regierungsmitglieder und Vertreter kultureller und wissenschaftlicher Institutionen schlägt Präsident Berdymuchammedow die Neubetrachtung der turkmenischen Geschichte auf Basis neuer historischer Fakten vor.
17.9.2010	Präsident Berdymuchammedow erklärt auf dem Gipfel turksprachiger Staaten in Istanbul, dass weiterhin gute Perspektiven für die Realisierung von Erdgas-Export-Projekten wie Nabucco beständen.

Usbekistan

26.7.2010	Die Chefs der usbekischen und kirgisischen Grenztruppen treffen, wie in der gemeinsamen Übereinkunft vom 23.7.2010 festgelegt, in Chanabad, Gebiet Andischan, zu einem Arbeitstreffen zusammen.
26.7.2010	Der Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen, Eljor Ganijew, erörtert mit dem chinesischen stellvertretenden Finanzminister Zhong Shan die sich äußerst lebhaft entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten.
26.7.2010	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg untersagt es der Ukraine, vier usbekische Flüchtlinge an Usbekistan auszuliefern.
26.7.2010	In Moskau findet eine Massenschlägerei (ca. 40 Personen) zwischen Usbeken und Kirgisen statt.
27.7.2010	In Hanoi findet ein Treffen der gemeinsamen vietnamesisch-usbekischen Regierungskommission für Wirtschaft, Handel und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt.
27.7.2010	Die Usbekin mit britischem Pass Rosalija Kamolijewa wird schuldig befunden, religiösen Extremismus propagiert zu haben, und des Landes verwiesen, meldet der erste staatliche Fernsehkanal.
28.7.2010	Der Regierungskritiker Asamat Asimow wird von einem Gericht in Scharisabs, Gebiet Kaschkadarja, zu sieben Jahren Freiheitsentzug wegen Drogenmissbrauchs verurteilt.
28.7.2010	Nach einer Meldung von Uznews.net sollen sich noch 700 Flüchtlinge aus Kirgistan illegal und versteckt im Gebiet Andischan aufhalten.
28.7.2010	Präsident Islam Karimow unterzeichnet ein Dekret, mit dem kleinere und mittlere private Unternehmen ermuntert werden sollen, bevorzugt Universitätsabsolventen einzustellen.
29.7.2010	Die Elektrifizierung des 114 km langen Streckenabschnitts Tokimatschi-Angren ist beendet. An der Finanzierung der Baukosten von 85,4 Mio. US-Dollar war u. a. die deutsche KfW beteiligt.
30.7.2010	Uznews.net meldet, dass der seit Jahren verschobene Bau von drei neuen Metro-Stationen der Junusabad-Linie in Taschkent endgültig eingestellt sei.
30.7.2010	Russische Nachrichtenagenturen melden, dass Usbekistan die Gebühr für Eintritt und Passage von ausländischen LKW und Bussen, die von Tadschikistan aus die Grenze passieren, um 14 % erhöht habe.
31.7.2010	Das staatliche Grenzschutzkomitee fordert die kirgisische Regierung auf, die Delimitation und Demarkierung der gemeinsamen Grenze schneller voranzubringen.
3.8.2010	Gegen den Menschenrechtler Anatolij Wolkow wird ein Rechtsverfahren wegen Betrugs angestrengt.
5.8.2010	Präsident Karimow erörtert in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew Probleme der Region, insbesondere die Situation in Kirgistan.
5.8.2010	In Taschkent beginnt ein Prozess gegen die Menschenrechtsaktivisten Surat Ikromow und Oktjabrchon Jusupowa. Sie sollen gezwungen werden Äußerungen in einer Stellungnahme der Initiativegruppe unabhängiger Menschenrechtsverteidiger Usbekistans über den Tod der Sängerin – und Tochter Jusupowas – Dilmura Kodirjonowa zurückzunehmen.

8.8.2010	Präsident Karimow empfängt den japanischen Außenminister Katsuya Okada zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen, insbesondere im ökonomischen Bereich.
9.8.2010	Uzbekistan Airways erhält ihren zweiten Airbus A 320, der für Inlandflüge bzw. auf Strecken innerhalb der GUS eingesetzt werden soll.
10.8.2010	Die UN Economic Commission for Europe (UNECE) nennt in ihrem zweiten Environmental Performance Review für Uzbekistan eine Reihe positiver Entwicklungen, kritisiert aber die ineffektive Wassernutzung und empfiehlt die Entwicklung von wasser- und energiesparenden Maßnahmen.
10.8.2010	In einer im ersten Fernsehprogramm übertragenen Sendung fordert der Vorsitzende des Rates der Muslime Usbekistans, Mufti Usmonchon Olimow, die Gläubigen auf, auf große Feiern zum Fastenbrechen am Ende des Ramadan zu verzichten. Feiern an öffentlichen Orten werden verboten.
10.8.2010	In Taschkent findet die erste Verhandlung gegen den Korrespondenten der russischen Zeitung Parlamentarskaja Gazeta wegen Verleumdung und Beleidigung statt.
10.8.2010	In der diesjährigen Seidensaison wurden mehr als 25.000 t Kokons und damit mehr als 1 t mehr als im Vorjahr gesammelt.
10.8.2010	Es wird bekannt, dass die vier brasilianischen Fußballstars von Bunyodkor Taschkent das Land verlassen haben. Ein Zusammenhang mit den finanziellen Schwierigkeiten der Firma Zeromax wird vermutet.
12.8.2010	Das Staatskomitee für Geologie und mineralische Ressourcen teilt mit, dass ein usbekisch-chinesisches Joint Venture die Suche nach Uran in Bostau in der Kysyl-Kum Wüste aufgenommen hat.
12.8.2010	Das Oberste Gericht teilt mit, dass es keinerlei Rechtsgrundlage für eine Veränderung des erstinstanzlichen Urteils gegen den Journalisten Dilmurod Sajid sieht. Dieser war im Sommer 2009 zu zwölfmonatigen Freiheitsentzug verurteilt worden.
15.8.2010	Der Grenzschutz nach Kirgistan wird verstärkt.
17.8.2010	In Karschi wird eine vom DED unterstützte Wanderausstellung über die Tätigkeit deutscher Unternehmen in den Regionen Usbekistans eröffnet.
17.8.2010	Auf der Website der verbotenen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) wird erstmals der Tod ihres Führers Tachir Juldaschew bei einer amerikanischen Luftangriff im August 2009 anerkannt. Neuer Führer ist demnach Usman Adil.
17.8.2010	Ferghana.ru meldet, dass ein Gericht im Bezirk Taschkent neun weitere Personen, die wegen der Mitgliedschaft in der religiösen Bewegung Nurtschilar angeklagt waren, verurteilt habe.
20.8.2010	Donald Nicholson, der Präsident der US Chamber of Commerce in Usbekistan, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass Kinderarbeit in Usbekistan ihn nicht davon abhalte, usbekische Baumwolle zu kaufen, wenn dies finanziell vorteilhaft sei.
21.8.2010	Ein Transportflugzeug mit 40 t humanitärer Hilfsgüter im Wert von 300.000 US-Dollar für die pakistanischen Überschwemmungsoffer startet in Taschkent.
23.8.2010	Eine vierspurige Ringstraße um Buchara, mit der die Innenstadt entlastet werden soll, wird eröffnet.
24.8.2010	Uzreport.com meldet, dass der Außenhandelsumsatz Usbekistans in der ersten Jahreshälfte bei 9,8 Mrd. US-Dollar lag, davon 3,95 mit anderen GUS-Staaten, 5,87 mit der übrigen Welt.
25.8.2010	GM Usbekistan stellt in Taschkent den neuen Chevrolet Spark vor, von dem in Asaka, Gebiet Andischan, 50.000 jährlich produziert werden sollen.
28.8.2010	Das Oberhaus des Parlaments verabschiedet anlässlich des Unabhängigkeitstages eine Amnestie für Frauen, Minderjährige und über 60-jährige Männer sowie Ausländer.
30.8.2010	Aus dem Gebiet Samarkand wird ein starker Treibstoffmangel gemeldet, der sogar den öffentlichen Personentransport behindert. Das Benzin wird für die Baumwollente verwendet.
1.9.2010	In seiner Rede zum Unabhängigkeitstag verspricht Präsident Karimow u. a., dass das Durchschnittseinkommen der Usbeken in diesem Jahr 500 US-Dollar erreichen werde.
2.9.2010	Gazprom Zarubezhneftegaz meldet den Fund von großen Gasfeldern auf dem Ustjurt-Plateau.
2.9.2010	China Southern Airlines nimmt den Flugbetrieb Beijing-Taschkent auf. Die Strecke wird zwei Mal in der Woche bedient.
3.9.2010	In der deutschen Botschaft in Taschkent wird das Programm der Deutschlandwochen in Usbekistan vorgestellt.

4.9.2010	Im ersten Fernsehprogramm wird eine Sendung über kirgisische Grenzsoldaten ausgestrahlt, die Schmugglern helfen und usbekische Zöllner bei der Arbeit behindern.
5.9.2010	Usbekistan und Kirgistan tauschen mehrere inhaftierte Angehörige von Grenztruppen und Zivilisten aus.
7.9.2010	Präsident Karimow erklärt den 10.9., Id al-Fitr (Ende des Ramadan), zum arbeitsfreien Tag.
7.9.2010	Der Sohn der Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Ezgulik, Wasila Inojatowa, wird durch Messerstiche verletzt, als er mit seiner Mutter auf dem Weg ins Justizministerium ist.
7.9.2010	In der Freien Wirtschaftszone Nawoi haben die ersten fünf Firmen ihre Tätigkeit aufgenommen, bis Ende 2010 sollen sieben weitere folgen, meldet gazeta.uz
8.9.2010	Auf dem Flughafen von Kuala Lumpur, Malaysia, werden drei Usbeken mit Drogen im Wert von ca. 1,1 Mio. US-Dollar festgenommen.
9.9.2010	ITAR-TASS meldet, dass Usbekistan nicht an dem am 13.9. beginnenden Manöver Peace-Mission 2010 der SCO in Kasachstan teilnehmen wird.
9.9.2010	Ein südkoreanischer Staatsbürger wird wegen missionarischer Tätigkeit für eine evangelische Kirche des Landes verwiesen.
9.9.2010	Gulnara Karimowa, Tochter des Präsidenten, präsentiert auf der Mercedes-Benz-Modewoche in New York ihre eigene Kollektion.
10.9.2010	Das Insolvenzverfahren gegen zwei von Gazprom mitgegründete Unternehmen, Kokdumalak-Gaz und Gissar-neftegaz, wird eingeleitet.
11.9.2010	Aus Südkorea wird eine Massenschlägerei zwischen Gastarbeitern aus Usbekistan und Kirgistan gemeldet.
13.9.2010	Innenminister Bahodir Matljubow empfängt eine Delegation aus Vietnam unter Führung des Ministers für Öffentliche Sicherheit, Le Hong Anh, zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und internationale Kriminalität.
14.9.2010	In Samarkand wird das neue Mirso-Ulugbek-Museum eröffnet.
15.9.2010	Abdulmalik Bobojew, Korrespondent von Voice of America, wird wegen Verleumdung, Beleidigung, illegalem Grenzübertritt, Verbreitung von falschen Tatsachen und Bedrohung der öffentlichen Ordnung angeklagt.
16.9.2010	Aus Schulen und Universitäten wird gemeldet, dass das Tragen des Hijab verboten worden ist. Es ist unklar, ob dem ein offizielles landesweites Verbot zugrunde liegt.
16.9.2010	Der Menschenrechtler Anatolij Wolkow wird von einem Gericht in Taschkent des Betruges schuldig gesprochen, aber zugleich amnestiert.
16.9.2010	Bei einem Treffen zwischen Präsident Karimow und einer hochrangigen Delegation des malaysischen Öl- und Gasförderunternehmens Petronas wird ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit vereinbart.
17.9.2010	Im Norden Moskaus kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen usbekischen Gastarbeitern.
17.9.2010	Am Vormittag werden aus einem Flugzeug über der Stadt Chanabad, Gebiet Andischan, Flugblätter der kirgisischen Partei Ata-Meken in kirgisischer Sprache abgeworfen. Usbekische Behörden untersuchen den Vorgang.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de